



Josef Miller:

Verlässlicher Anwalt des ländlichen Raums

Anlässlich seines 60. Geburtstags würdigten zahlreiche Gratulanten die herausragenden Verdienste des bayerischen Landwirtschaftsministers. **Seite 2**



Maximilian Gaul:

Ehrenvolle Auszeichnung

Minister Beckstein überreichte dem Bürgermeister von Roßtal und stellvertretenden KPV-Landesvorsitzenden das Bundesverdienstkreuz. **Seite 16**



Prof. Dr. Claus Grimm:

Vitaler Motor im kulturellen Leben

Der langjährige Leiter des Hauses der Bayerischen Geschichte wurde in Augsburg von Wissenschaftsminister Goppel feierlich verabschiedet. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 19. Juli 2007

58. Jahrgang / Nummer 14



Mit dem Bayerischen Verdienstorden wurde der Herausgeber der Bayerischen Gemeindezeitung, Landrat Luitpold Braun, von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber geehrt. Der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung erhielt die Auszeichnung in der vergangenen Woche gemeinsam mit 98 weiteren neuen Ordensträgern, unter denen sich zahlreiche Persönlichkeiten befinden, die sich um die Kommunalpolitik verdient gemacht haben (vgl. Liste auf Seite 2). **Bild: Klebe**

CSU-Auftaktveranstaltung zur Kommunalwahl 2008:

Mit Erfahrung zum Erfolg

Den offiziellen Startschuss zum CSU-Kommunalwahlkampf hat in Unterschleißheim Innenminister Dr. Günther Beckstein gegeben. Politiker aus Europa, Bund und Land machten deutlich, wie sich die CSU auf allen Ebenen für die Belange der Kommunen einsetzt. Darüber hinaus konnten sich die Gäste wertvolle Impulse bei Expertengesprächen und einer Messe mit zahlreichen Dienstleistern holen.

„Die Kommunalpolitik ist die Mutter aller Politik“, hatte CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder in seinem Eingangsstatement erklärt. Sie stelle die eigentliche Basis der Partei dar. Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunalwahl am 2. März 2008 seien gute Kandidaten und eine innerparteiliche Geschlossenheit.

Leitlinien christlich-sozialer Kommunalpolitik

Kommunalminister Dr. Günther Beckstein, der die „Leitlinien christlich-sozialer Kommunalpolitik“ vorgab, verwies auf die Notwendigkeit, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch nachhaltige Politik zu gestalten. Vor dem Hintergrund,

dass die kommunalen Einnahmen in den vergangenen drei Jahren um 34 Prozent gestiegen sind, müssten diese guten Zeiten genutzt werden, um die Haushalte zu konsolidieren. Der Freistaat Bayern unterstütze seine Kommunen nach Kräften; dies gelte insbesondere für den kommunalen Finanzausgleich - sowohl in struktureller als auch in finanzieller Hinsicht.

Ländlichen Raum gezielt stärken

Mit der Änderung der Kommunalgesetze ist seit Jahresbeginn der Weg für die freiwillige Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens in den Kommunen auch ohne Inanspruchnahme der Experimentierklausel geebnet. Die Doppik ermöglicht es Beckstein zufolge, Ressourcenaufkommen und -verbrauch insgesamt darzustellen. Eine „große bewegende Mehrheit“ trage diesen Kurs zwar mit, jedoch „will der Staat niemanden gegen seinen Willen zur Umstellung zwingen“. Jede Kommune habe deshalb die Möglichkeit, bei der bisherigen Kameralistik zu bleiben.

Vielfältige Ansätze verfolgt die Bayerische Staatsregierung, um die ländlichen Räume gezielt zu stärken. Aktuelle Schlagworte wie Vorrangprinzip für besonders strukturschwache ländliche Räume im Landesentwicklungsprogramm, „Allianz Bayern Innovativ“ oder moderne Kommunikationsinfrastruktur - Stichwort Breitbandversorgung - (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Städtetag in Fürth:

„Europa braucht seine Städte“

„Europa hat sich auf den Weg gemacht, städtefreundlicher zu werden. Am Ziel angekommen ist es noch nicht.“ Dieses Fazit zog der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei der diesjährigen Verbandstagung in Fürth zum Thema „Europa braucht seine Städte“. Vor rund 300 Kommunalpolitikern wies Regensburgs Stadtoberhaupt darauf hin, dass das Ziel erst dann erreicht sei, „wenn sich die Fürther als Europäer in Fürth, die Berliner als Europäer in Berlin und die Warschauer als Europäer in Warschau empfinden“. Gerade um dies zu erreichen, brauche Europa seine Städte.

Jede Menge Diskussionsbedarf zwischen Europäischer Union und den Städten sieht der Städtetagsvorsitzende in der kommunalen Daseinsvorsorge. Als Stichworte für diesen schillernden Begriff nannte er die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die kommunalen Krankenhäuser sowie den öffentlichen Nahverkehr. Die Städte erwarten Schaidinger zufolge, dass die Europäische Union in diesen Bereichen die kommunale Daseinsvorsorge respektiert, d. h. dass die Städte und Gemeinden frei sind, ob und wie sie diese, für die Bürger lebensnotwendigen Leistungen erbringen. Schaidingers Appell: „Hier sollte sich Brüssel herausheben.“

Wettbewerb der Volkswirtschaften

Warnend wies der Vorsitzende auf das zentrale Umweltproblem des Öko-Dumpings hin. Im Wettbewerb der Volkswirtschaften setzten viele Länder auf niedrige Produktionskosten durch Verzicht auf angemessene Umweltstandards. Dies wiederum erzeuge Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Länder, die sich um Umweltschutz bemühen und jener Menschen in den Ländern, die Raubbau an ihrer Umwelt betreiben.

Außerordentlich kritisch setzte sich der Städtetagssprecher mit der Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft auseinander. Schaidinger: „Ich stoße mich daran, dass das im EG-Vertrag enthaltene Verursacherprinzip weitgehend ignoriert wurde. Beispiele dafür sind der Feinstaub und der Umgebungslärm.“

Durch europaweites Messen

von Feinstaub und Lärm gehen die Umweltbelastungen nicht zurück. Notwendig sind ehrgeizige Abgas- und Lärmvorgaben für die Fahrzeughersteller.“

Dann wurde seiner Meinung nach die Europäische Fahrzeugindustrie weltweit Maßstäbe zum Wohl der Menschen und der Umwelt setzen.

Ehrgeizige Abgas- und Lärmvorgaben

Damit die Städte ihren Beitrag für Europa leisten können, müssen sie nach Auffassung des Vorsitzenden stärker an der europäischen Politik beteiligt werden. Vor diesem Hintergrund beansprucht der Bayerische Städtetag laut einer einstimmig beschlossenen Resolution „ein formalisiertes Beteiligungsrecht der kommunalen Spitzenverbände an der europäischen Gesetzgebung“. Zugleich sollte ein „Europäischer Rat für nachhaltige Stadtentwicklung“ eingesetzt werden, der mit umfangreichen Rechten gegenüber Kommission und Parlament ausgestattet wird. Auch fordert der Städtetag die Bundesländer, die über den Bundesrat an der EU-Politik mitwirken können, auf, die von ihnen derzeit beanspruchten Sitze im Ausschuss der Regionen und kommunalen Gebietskörperschaften den Kommunen zu überlassen.

Querschnittsaufgabe

Von Kommission, Parlament und europäischem Rat erwarten die Städte und Gemeinden - unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips - darüber hinaus die Entwicklung einer konstruktiven (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Podium bei der Verbandsversammlung der Bayerischen Bezirke in Seon (v. l.): Fritz Körber, Dr. Thomas Goppel, Manfred Hölzlein, Franz Jungwirth und Dieter Draß. **Foto: Schulz**

Bayerische Bezirke in Kloster Seon:

Netzwerk Kultur

In Kloster Seon ist die enge Verbindung zwischen Menschen, Landschaft, Architektur, Geistesgeschichte und Kultur offensichtlich und allgegenwärtig. Somit lag es nahe, dass der Verband der Bayerischen Bezirke diesen „magischen Ort“, wie ihn Oberbayerns gastgebender Bezirkspräsident Franz Jungwirth titulierte, als Tagungsort für seine Verbandsversammlung, die unter dem Motto „Heimat Europa - Heimat Bezirk, Regionale Kulturarbeit für Bayern“ stand, wählte.

Den hohen Wert der Kulturarbeit unterstrich Kunstminister Dr. Thomas Goppel in seinem Grußwort. Kulturpolitik sei eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Ziel sei es vor allem, ein attraktives kulturelles Angebot in allen Landesteilen zu schaffen. Neben ihrem Eigenwert stelle die Kultur auch einen wichtigen Standortfaktor dar. So stärkten Kulturangebote insbesondere die Verankerung der Menschen in der örtlichen Gemeinschaft. Kultur sei daher eine ebenso bedeutsame Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Betrieb von Schulen, Krankenhäusern oder Sportstätten, so der Minister.

Tätigkeitsbericht

Einen weiten Bogen von der aktuellen Sozialpolitik bis zum kulturellen Selbstverständnis spannte Verbandspräsident Manfred Hölzlein in seinem Tätigkeitsbericht. Er verwies darauf, „dass wir den Kampf um die Zukunft der Hilfe zur Pflege noch nicht verloren geben. Wir sind sicher, dass die Bezirke sowohl in fachlicher als auch in personeller und struktureller Hinsicht die besseren Argumente auf ihrer Seite haben, wenn es darum geht, die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege für die kommenden Jahre gemeinsam zu bündeln“.

Nachdrücklich betonte Hölzlein, dass eine Herunterzonung der Hilfe zur Pflege auf die 96 Landkreise und kreisfreien Städte in jedem Fall kontraproduktiv sei - dies insbesondere deshalb, weil eine solche Verlagerung einen höheren Verwaltungsaufwand, mehr Bürokratie, mehr Personal und damit insgesamt (Fortsetzung auf Seite 4)

Neu von Sabina



„Sich selbst zu lieben ist der Beginn einer lebenslangen Romanze.“ Der Bürgermeister zitierte den irischen Spötter Oscar Wilde, als er die Druckvorlagen für Fanny Bachers Materialien zum bevorstehenden Stadtratswahlkampf durchsah. Seine Entscheidung: Kopfplakate gibt es nur vom Stadtoberhaupt. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Geld für den ländlichen Raum	2
Hohe Auszeichnungen für Bayerns Kommunalpolitiker	2
Bayerischer Genossenschaftstag	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Ehrenamtliche werden besser gefördert	
	3
Das Bauen wird vereinfacht	3
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen · Straßenbeleuchtung	
	5 - 7
Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	8 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Die Spitze des Bayerischen Städtetags (v. l.): Rudolf Schaupp, Christian Ude, Hans Schaidinger, Dr. Thomas Jung und Rainer Knäusel. **Foto: Norbert Mittelsdorf**

Geld für gewaltigen Schritt

CSU-Fraktion verabschiedet das Positionspapier für den ländlichen Raum
100 Millionen Euro stehen schon zur Verfügung

Das in fünf Regionalkonferenzen der CSU-Landtagsfraktion ausgiebig diskutierte Positionspapier für den ländlichen Raum ist von der Fraktion im Maximilianeum nach abschließender Aussprache verabschiedet worden. Es wird seine Umsetzung in Anträgen zum Nachtragshaushalt 2008 finden, den die neue Staatsregierung im Spätherbst im Landtag einbringen will und der voraussichtlich im ersten Vierteljahr 2008 vom Landtag verabschiedet werden wird. Den Rahmen bildet das Programm „Bayern 2020“, das zunächst für die Jahre bis 2011 mit 1,5 Milliarden Euro finanziert werden soll.

Der ländliche Raum werde auch finanziell ein unmittelbarer Schwerpunkt der Landespolitik sein, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Markus Sackmann, der für das Positionspapier federführend ist. Im Haushaltsvollzug 2007 können bereits jetzt 100 Millionen Euro zur Abfinanzierung laufender Projekte zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für Maßnahmen im Wasser- und Abwasserbereich. Dazu kommen laut Sackmann zusätzliche Mittel aus „Bayern 2020“ für den Ausbau von Staatsstraßen, für Tourismus, Dorferneuerung und Städtebauförderung. Dies sei ein gewaltiger Schritt für den ländlichen Raum.

Mehr Eigenverantwortung

Der Unterschied zur bisherigen Förderpraxis für den ländlichen Raum liegt laut Sackmann darin, zunächst Städte und Gemeinden zur stärkeren Eigenverantwortung zu motivieren. Regionale Handlungskonzepte seien die Voraussetzung der staatlichen Förderung. Die Fraktion sieht in der interkommunalen Zusammenarbeit und in regionalen Handlungsansätzen den Schlüssel zum Erfolg. Die Regionen müssten sich bewusst werden, wo ihre besonderen Qualitäten und spezifischen Vorteile liegen.

Aus der Fraktion wurden zusätzliche Anträge angekündigt.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Häusler
89435 Finningen
am 4.8.

Bürgermeister
Siegfried Rübensaal
84435 Lengdorf
am 25.7.

Bürgermeister Edgar Stecher
94253 Bischofsmais
am 30.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Reichenwallner
84518 Garching a. d. Alz
am 24.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Renner
92265 Edelsfeld
am 3.8.

Bürgermeister Otto Uhl
86663 Asbach-Bäumenheim
am 4.8.

Bürgermeister Josef Stöcker
94127 Neuburg am Inn
am 6.8.

Bürgermeister Josef Schäfer
97256 Geroldshausen
am 26.7.

Bürgermeisterin Karin Berger
97845 Neustadt am Main
am 27.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Zwack
92723 Gleiritsch
am 27.7.

Bürgermeister Wolfgang Mann
97286 Winterhausen
am 29.7.

Bürgermeister Eberhard Götz
97265 Hettstadt
am 29.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Herbert Blascheck jun.
84085 Langquaid
am 1.8.

Schulen und Erwachsenenbildung. Auch Sozialarbeit, Polizeiausrüstung und Behinderteneinrichtungen werden in gezielten Anträgen berücksichtigt.

Zusätzliche Anforderungen

Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser erwartet auch zusätzliche Anforderungen der Ressortminister. Das haben verschiedene Kabinettsmitglieder schon verlauten lassen. Der Finanzminister warnt vor der Verplanung zusätzlicher Steuereinnahmen, bevor sie in der Kasse sind, auch wenn die aktuellen Steuerschät-

zungen über das im Mai errechnete Plus hinausgehen.

Damals war für Bayern von etwa 3,3 Milliarden Euro die Rede, die mehr in die Staatskasse fließen werden als im Etat 2007/2008 vom Landtag beschlossen. Der Finanzminister will 300 bis 500 Millionen Euro für die Schuldentrückzahlung verwenden. Er hat versichert, für neue Ausgaben werde kein „Tafelsilber“, also Liegenschaften oder Gesellschaftsanteile des Freistaats, verkauft. Die Landtagsopposition hat Programme mit rund zwei Milliarden Euro Mehrausgaben angekündigt und teilweise schon im Landtag beantragt. SPD und Grüne wollen nicht nur für 2008 sondern bereits für 2007 einen Nachtragshaushalt, was der Finanzminister und die CSU ablehnen. **rm**

Hohe Auszeichnungen für Bayerns Kommunalpolitiker

Ministerpräsident Stoiber verlieh Bayerischen Verdienstorden
Staatssekretär Schmid überreichte Kommunale Verdienstmedaillen

Im Rahmen einer Feierstunde im Antiquarium der Münchner Residenz verlieh Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 99 Persönlichkeiten den Bayerischen Verdienstorden. Stoiber: „50 Jahre Bayerischer Verdienstorden sind ein einmaliges Symbol für herausragendes bürgerschaftliches Engagement und unterstreichen die Eigenstaatlichkeit Bayerns mit seiner einzigartigen Tradition und Geschichte. Nur einen Tag später überreichte Staatssekretär Georg Schmid im Bayerischen Innenministerium an ausgewählte Persönlichkeiten die Kommunale Verdienstmedaille.“

Den Bayerischen Verdienstorden erhielten u. a.:

Luitpold Braun,
Landrat, Schongau
Wolfgang Dandorfer,
Oberbürgermeister, Amberg;
Dr. Heinz Fischer-Heidberger,
Präsident des Bayerischen
Obersten Rechnungshofs;
Jürgen W. Heike,
Sozialstaatssekretär
Wolfgang Hoderlein,
Landtagsabgeordneter
Hans Georg Huber,
Unternehmer, Berching;
Karl Inhofer,
Regierungspräsident
Reinhard Leutner,
Landrat, Bad Staffelstein;
Emilia Müller,
Europaministerin
Dr. Gerd Müller,
Parlamentarischer
Staatssekretär;
Altbürgermeister
Andreas Oestemer,
Präsident des Fränkischen
Weinbauverbandes
Roland Schwing,
Landrat, Röllbach
Harald Strötgen,
Vorstandsvorsitzender der
Stadtparkasse München,
Vorsitzender des Kuratoriums

Die Kommunale Verdienstmedaille in Gold erhielt:

Dr. Herbert Huber,
Stadtrat Landshut, ehemaliger
MdL und ehemaliger
Staatssekretär

Die Kommunale Verdienstmedaille in Silber erhielten:
Emmeram Batz,

Ehemaliger Erster Bürgermeister von Mindelsteden, Kreisrat in Eichstätt und Bezirksrat in Oberbayern

Dr. Volker Black,
ehem. dritter Bürgermeister von Germering und Stadtrat

Herbert Blöchl,
Marktgemeinderat in Kirchseeon und ehemaliger Kreisrat in Ebersberg

Maximilian Brandl,
Zweiter Bürgermeister von Büchlberg, Kreisrat in Passau, Bezirksrat in Niederbayern, ehemaliger MdL

Adolf Dinglreiter,
Stadtrat in Rosenheim und ehemaliger MdL

Otto Eusemann,
Mitglied des Gemeinderats Bergheinfeld und des Kreistags Schweinfurt, ehemaliger Bezirksrat in Unterfranken

Dr. Hubert Faltermeier,
Landrat des Landkreises Kelheim

Fritz Fröhlich,
Ehemaliger Erster Bürgermeister des Marktes Wiesau

Josef Fuchs,
Erster Bürgermeister von Bayerbach b. Ergoldsbach

Alois Hartl,
Erster Bürgermeister von Vachendorf

Willibald Hastreiter,
Erster Bürgermeister von Runding

Josef Hauner,
Zweiter Bürgermeister von Freising und Kreisrat

Georg Hiegl,
Erster Bürgermeister von Waffenbrunn, Kreisrat in Cham und ehemaliger Stellvertreter des Landrats

Richard Horner,
Stadtrat in Rosenheim

Georg Hottner,
Zweiter Bürgermeister der ehemaligen Gemeinde Albernorf, Stadtrat in Schwandorf

Michael Kaplitz,
Ehemaliger zweiter Bürgermeister von Schwandorf, Stadtrat und Kreisrat in Schwandorf

Horst Krumpholz,
Stadtrat in Waldkraiburg, ehem.

108. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften:

Mut zur Veränderung

Genossenschaften sind der wirtschaftliche Anker in Bayerns Regionen. Die Regionen geben Bayern Identität. Das unterstrich Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayerns (GVB), während des 108. Verbandstags der bayerischen Genossenschaften in München.

Götzl: „Europa lebt von der Vielfalt seiner Nationen und den unterschiedlichen Ausprägungen seiner Märkte.“ Er warnte ausdrücklich davor, gewachsene Wettbewerbsstrukturen durch europäische Restrukturierungen zu zerstören und forderte deshalb einen Bürokratieabbau in Europa: „In Bayern sind allein von 2003 bis 2006 die Zahl der Landesgesetze um rund 12 Prozent und die Zahl der Verordnungen um 25 Prozent gesenkt worden. Leider können wir solche Erfolge auf EU-Ebene nicht erkennen.“

Gemeinsam mit Leonhard Dunstheimer, ehrenamtlicher Verbandspräsident, forderte Götzl von der Politik mehr Mut zur Veränderung. Das gelte für die europäischen wie nationale Politik gleichermaßen. Dunstheimer brachte die Kernforderung des GVB an die deutsche Politik dabei auf den Punkt: „Leistung muss sich wieder lohnen.“ Wer

sich in Deutschland einbringt, dürfe dafür nicht bestraft werden. Dazu gehöre ein Steuersystem, das Leistungswillige belohnt und im Land hält.

Mit 1.120 Mitgliedsunternehmen, über 67.500 Beschäftigten und rund vier Milliarden Euro Wertschöpfung leisten die bayerischen Genossenschaften pro Jahr einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg im Freistaat. Mit einem Steueraufkommen von rund 200 Millionen Euro gehören die bayerischen Genossenschaften zu den größten Steuerzahlern. Mit Investitionen in Höhe von rund 300 Millionen Euro tragen die genossenschaftlichen Unternehmen zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft auch in strukturell oftmals benachteiligten Regionen Bayerns bei.

Hinweis: Eine ausführliche Dokumentation des Genossenschaftstags folgt in der Gemeindezeitung Nr. 17. □

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Josef Miller zum 60. Geburtstag:

Verlässlicher Anwalt des ländlichen Raums

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat Landwirtschaftsminister Josef Miller herzlich zu seinem 60. Geburtstag am 12. Juli gratuliert und ihm für sein unermüdliches und erfolgreiches Engagement für die bayerischen Bauern und den ländlichen Raum gedankt.

Stoiber: „Josef Miller ist der verlässliche und erfolgreiche Anwalt unserer Bauern. Er verkörpert die herzliche Verbundenheit, die zwi-



schen unserem Land und seinen Bauern besteht.“ Der Jubilar setze sich mit innerer Überzeugung, viel Charme und großer Menschlichkeit für die Belange der Land- und Forstwirtschaft und des gesamten ländlichen Raumes in Bayern ein. Sein Motto sei „Verantwortung übernehmen und handeln“. Die Menschen im Land spürten: „Auf Josef Miller ist Verlass. Er ist einer von uns.“

1947 in Oberschöneberg im Landkreis Augsburg geboren, wurde Miller nach dem Studium der Agrarwissenschaften an der TU München-Weihenstephan 1974 Betriebswirtschaftsberater am Amt für Landwirtschaft in Memmingen. Von 1977 bis 1979 fungierte er als Dozent für Volkswirtschaft und Agrarpolitik an der Staatlichen Führungsakademie in München. Von 1979 bis 1986 war Miller im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten tätig, zuletzt als Ministerialrat und Referent für Öffentlichkeitsarbeit.

Seit 1988 ist der „60er“ CSU-Kreisvorsitzender in Memmingen und seit 1996 Mitglied des Stadtrats. Zudem bringt er sich im Bezirks- und Landesvorstand der CSU ein und ist stellvertretender Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU. Von 1990 bis 1993 bekleidete Miller das Amt des Staatssekretärs im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Knapp vier Jahre war er stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion. Seit Oktober 1998 ist Miller Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten.

Nach den Worten Stoibers haben der tatkräftige Einsatz und die erfolgreiche politische Arbeit von Josef Miller dazu beigetragen, dass die Menschen im ländlichen Raum angesichts der hohen Qualifikation und Innovationsfähigkeit der Landwirte, der verbesserten Perspektiven auf den Agrarmärkten und der neuen Chancen in der Energieerzeugung mit Zuversicht in die Zukunft blicken könnten. Als Landwirtschaftsminister habe Miller herausragende politische Erfolge für die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft in Bayern errungen - dazu zählten das neue Bayerische Agrarwirtschaftsgesetz, die Agrarexportoffensive und die konsequente Erschließung neuer Märkte sowie die frühzeitige Vorbereitung der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf die Chancen und Risiken des Klimawandels. Grundlage für die politische Arbeit Josef Millers sei seine Liebe zum Land und die Verantwortung für seine Heimat. Stoiber: „Kompetent, bodenständig, selbstkritisch, diplomatisch aber auch konsequent ist Josef Miller immer im Einsatz - für Bayern und für seine Heimat Schwaben.“

Als unermüdlichen und erfolgreichen Anwalt für die Landwirte in Bayern hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, Josef Miller, in einem Gratulations-schreiben gewürdigt: „Seit 1998 steuerst Du nun als Staatsminister die Landwirtschafts- und Forstpolitik in Bayern besonders erfolgreich“, schreibt Herrmann. Vielfache Herausforderungen seien in dieser Zeit zu bestehen gewesen. Die Landwirtschaft stecke in einem permanenten Strukturwandel: Und die weitaus meisten Entscheidungen zur Agrarpolitik würden inzwischen in Brüssel getroffen. Miller wache stets mit Argusaugen darüber, dass dabei die Interessen der bayerischen Bauern nicht unter die Räder kommen. „Mit Deiner ruhigen, aber nachhaltigen Arbeitsweise hast Du wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Landwirtschaft in Bayern in den vergangenen nun bald zehn Jahren hervorragend entwickelt hat“, fuhr Herrmann fort. Die bayerischen Landwirte seien heute für die Herausforderungen des Weltmarkts gerüstet. „Unseren Landwirten in Bayern ist es vielfach gelungen, neue Chancen für sich zu nutzen. Ich nenne nur die Stichworte: multifunktionale Landwirtschaft und nachwachsende Rohstoffe.“ Aber auch in der Forstwirtschaft seien unter Millers Führung die Weichen für die Zukunft richtig gestellt worden. Durch eine entschiedene Verwaltungsreform, die Staatsregierung und Fraktion gemeinsam auf den Weg gebracht haben, sei das Unternehmen Bayerische Staatsforsten geschaffen worden, das nun schon sein zweites Geschäftsjahr äußerst erfolgreich abgeschlossen habe.

Last but not least verdanken auch die ländlichen Räume in Bayern Millers ganz persönlichem Einsatz viele wichtige Impulse, schloss Herrmann. Dass dabei seine besondere Liebe der Allgäuer Heimat gelte, wüssten die Menschen nicht nur dort zu schätzen.

DK

Bayerische Landesausstellung 2007:

Bayern-Böhmen 1500 Jahre Nachbarschaft

Seit Ende Mai läuft in Zwiesel äußerst erfolgreich die Bayerische Landesausstellung „Bayern-Böhmen: 1500 Jahre Nachbarschaft“. Veranstaltet vom Haus der Bayerischen Geschichte und der Stadt Zwiesel, wird bis zum 14. Oktober auf drei Ebenen mit über 1.500 qm die vielschichtige bayerisch-böhmische Nachbarschaft der vergangenen 1500 Jahre dargestellt. Hochwertige Ausstellungsstücke, Filme, Hör- und Computerstationen lassen in einer spannungsreichen Inszenierung diese Landesausstellung zu einem Erlebnis werden. Mitte Juni bereits konnte der 10.000ste Besucher begrüßt werden. Die Bayerische Landesausstellung erfüllt damit die Erwartungen der Organisatoren voll und ganz. Für den Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Prof. Dr. Claus Grimm, war es indes die letzte Landesausstellung, die er zu verantworten hatte. Nach 24 Jahren geht er in den wohlverdienten Ruhestand (siehe Kasten).

„Die Ausstellung ruft ins Bewusstsein, wie eng beide Gebiete und die Menschen hier miteinander verbunden waren und sind“, konstatierte der bayerische Kultusminister Siegfried Schneider zur Eröffnung. Seit dem EU-Beitritt Tschechiens im Jahr 2004 seien die Kontakte nochmals intensiviert worden, etwa mittels der inzwischen 172 Schulpartnerschaften. Die Früchte des Jahr-

400 Ausstellungsstücken befinden sich so herausragende Objekte wie das Ottokarkreuz aus dem 13. Jahrhundert, eine Reitgerte der österreichischen Kaiserin Sissi, die auch böhmische Königin war, der Kelch von Kolin aus dem 9. Jahrhundert, das Haupt der Muttergottes der einstigen Mariensäule am Altstädter Ring in Prag sowie Erinnerungsstücke der sudetendeutschen Heimatvertriebenen und der tschechischen Emigranten nach 1948.

Frühe gemeinsame Siedlungsräume

Die bayerisch-böhmische Nachbarschaftsgeschichte wird in sechs Abteilungen präsentiert. Archäologische Funde bezeugen frühe gemeinsame Siedlungsräume diesseits und jenseits der heutigen Grenze. Glanzvolle Exponate erzählen vom frühen Christentum, von den Heiligen Wenzel und Wolfgang sowie von „Neuböhmen“ in der Oberpfalz zu Zeiten Kaiser Karls IV. in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Bebilderte

Handschriften aus Klöstern weisen ebenso auf gegenseitige Einflüsse wie die „Schönen Madonnen“ im 14. und frühen 15. Jahrhundert. Der Handel, der entlang der großen Straßennetze von Prag über Nürnberg, Regensburg und Passau verlief, war ein Motor des gegenseitigen Austausches. „Goldene Straße“

und „Goldener Steig“ sind heute noch bekannte Namen. An kriegerische Epochen erinnern Waffen und Hinterlassenschaften aus der Hussitenzeit im frühen 15. Jahrhundert und aus der Zeit des Dreißigjährigen Kriegs.

Schatzkammer Mitteleuropas

Eine „Schatzkammer Mitteleuropas“ versammelt prächtige Werke der Goldschmiedekunst, Intarsienarbeiten und Kunstkammerstücke: Goldschmiedearbeiten aus Nürnberg, Augsburg und München, barocken Glasschliff aus böhmischen Hütten oder Egerer Intarsienarbeiten. In einer „gläsernen Kapelle“ können die Besucher in die Welt der böhmisch-bayerischen Glasmacherkunst eintauchen. Viele berühmte tschechische Maler des 19. Jahrhunderts wurden in München ausgebildet und malten oberbayerische Idyllen, während bayerische Maler das „Goldene Prag“ abbildeten. Einen gemeinsamen Erfolg stellt auch die bayerisch-böhmische Bier-Geschichte dar.

Traumata im 20. Jahrhundert

Das 20. Jahrhundert stand im Zeichen nationalistischer Abgrenzungen und der Brüche vieler Verbindungen. Nach dem Ersten Weltkrieg gelang Tschechen und Slowaken die Errichtung ihres lange angestrebten eigenen Staates, der Tschechoslowakei, während den Deutschböhmen das Selbstbestimmungsrecht verweigert wurde. Das „Münchner Abkommen“ von 1938 und die Besetzung durch deutsche Truppen 1939 bedeuteten das gewaltsame Ende der Tschechoslowakei. Der Terror der NS-Herrschaft brannte sich tief ins tschechische Gedächtnis ein. Die Entrechtung und Vertreibung von drei Millionen Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkriegs traumatisierte diese Menschen und beendete ein Jahrhunderte langes Miteinander. Die Ausstel-

lung erinnert an diese dramatischen Geschehnisse und will mit Dokumenten, Erinnerungsstücken, Zeitzeugenaufnahmen und Fotografien Anteilnahme an den Schicksalen der Menschen auf beiden Seiten der Grenze wecken.

Neue Heimat in Bayern

Viele Vertriebene fanden ihre neue Heimat in Bayern und leisteten einen bedeutsamen Beitrag zum Wiederaufbau dieses Landes. Aber auch tschechische Emigranten kamen nach 1948 und nochmals nach dem Prager Frühling 1968 nach Bayern. Seit dem Ende des Eisernen Vorhangs 1989 sind enge Wirtschaftskontakte und ein reger neuer Austausch zwischen Bayern und Tschechien entstanden.

Kolumne Gerhard Weber

*Lebte bester Mann
und besser!*

Ehrenamtlich tätige Menschen leisten in unserem Land einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl und für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Viele Bereiche wie z.B. der Sport, die Kultur, die Rettungsdienste oder die Kirchen sind auf die Ehrenamtlichen existenziell angewiesen. Nach Schätzungen engagieren sich 23 Millionen Menschen bundesweit ehrenamtlich. Das Ehrenamt sollte demjenigen, der es ausübt, zur Ehre gereichen und ihm Ehren einbringen. Nicht selten tritt jedoch das Gegenteil



Ehrenamtliche werden besser gefördert

ein, das Ehrenamt ist nicht nur mit viel Arbeit, sondern auch mit Anfeindungen und Ärger (häufig verursacht von anderen Ehrenamtlichen!) verbunden. Zudem investieren viele Ehrenamtliche nicht nur ihre Arbeitskraft und ihr Können in ihre Organisation, sondern sie bringen auch noch bares Geld für ihr Engagement mit. Der Bundestag will jetzt die Ehrenamtlichen zumindest finanziell entlasten. „Hilfen für Helfer“ unter diesem Motto soll der Übungsleiterfreibetrag von bislang 1.848 Euro auf künftig 2.100 Euro im Jahr steigen. Das bedeutet, dass Übungsleiter beispielsweise in caritativen Organisationen, in Chören, in Kirchen oder in Sportvereinen eine Vergütung

in Höhe von bis zu 175 Euro pro Monat steuer- und sozialabgabenfrei ausbezahlt erhalten können.

Eine weitere Neuerung wurde in das Gesetz, das nach der Sommerpause noch vom Bundesrat behandelt werden muss und das rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten soll, aufgenommen: Künftig gibt es einen allgemeinen Freibetrag von 500 Euro pro Jahr für Einnahmen aus nebenberuflicher Tätigkeit im gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich. Die Vereine können damit ihren ehrenamtlichen Helfern beispielsweise Fahrt- oder Telefonkosten unkompliziert pauschal erstatten. Allerdings kann dieser neue Steuerfreibetrag nicht zusätzlich zur Übungsleiterpauschale gewährt werden.

Eine lobende Erwähnung verdient auch die Bayerische Ehrenamtsversicherung, mit der die Bayerische Staatsregierung die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter verbessert hat. Am 1. April 2007 ist mit der Bayerischen Ehrenamtsversicherung eine Sammel-Haftpflichtversicherung und eine Sammel-Unfallversicherung für ehrenamtlich/freiwillig Tätige in Kraft getreten.

Alle Maßnahmen zusammen sind als ein Zeichen des Dankes, der Anerkennung und der Ermunterung zum freiwilligen Engagement in unserer Gesellschaft zu verstehen. Ehren und unterstützen wir unsere Ehrenamtlichen, sie sind unersetzlich!

Gerhard Weber



Das berühmte Ottokarkreuz.

hunderte langen Austausches bezeichnete Schneider als „europäische Kultur von großem Zuschnitt“.

Zahlreiche Museen, Archive, Bibliotheken und Privatsammlungen aus Deutschland, Tschechien und anderen europäischen Ländern haben Leihgaben zur Verfügung gestellt. Unter den

Führungswechsel im Haus der Bayerischen Geschichte:

Auf Grimm folgt Loibl

Dr. Richard Loibl übernimmt die Leitung des Hauses der Bayerischen Geschichte und tritt damit die Nachfolge von Prof. Dr. Claus Grimm, dem langjährigen Direktor der Einrichtung, an. Die Amtsübergabe gab Kunstminister Thomas Goppel in Augsburg bekannt.

Goppel betonte, dass es gelungen sei, mit Richard Loibl eine „ausgezeichnete Besetzung für das Haus der Bayerischen Geschichte“ zu finden. Loibl verfüge über eine hohe wissenschaftliche Qualifikation und eine breite praktische Erfahrung als Ausstellungsmacher. „Loibls Tätigkeit am Institut für bayerische Geschichte der Universität München und eine Reihe qualifizierter Veröffentlichungen weisen ihn als Kenner der bayerischen Landesgeschichte aus“, sagte Goppel.

Zugleich würdigte der Minister die Verdienste von Prof. Dr. Claus Grimm für das HdBG. „In den 24 Jahren seiner Leitung wurde das Haus der Bayerischen Geschichte zu einem vitalen Motor im kulturellen Leben unseres Landes. Gerade mit den Landesausstellungen gelang es ihm, geschichtliche Themen im Allgemeinen sowie bayerische Kultur und Tradition im Besonderen weit über die Grenzen Bayerns hinaus den Menschen nahe zu



Prof. Dr. Claus Grimm.

wird. Für seinen Einsatz in der Darstellung von Geschichte, Kunst- und Kulturgeschichte Bayerns wurde Prof. Grimm 2006 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. **DK**

Das Bauen wird vereinfacht

Mehr Planungsfreiheit für Bauherren und weniger Bürokratie / Opposition befürchtet Klageflut

In Bayern wird das Baugenehmigungsverfahren weiter vereinfacht. Der Ende 2002 von der Bauministerkonferenz neugefassten Musterbauordnung für die Bundesländer folgend, wird ab September dieses Jahres und ab Januar 2008 das Genehmigungsverfahren weiter eingeschränkt bzw. grundlegend neu konzipiert. Es geht u.a. um Abstandsflächen, Stellplätze, Brandschutz und Denkmalpflege bis hin zur Sonderbautengrenze und damit auch um gewerbliche Bauten.

Die Landtagsausschüsse haben den entsprechenden Entwurf der Staatsregierung mit einigen Änderungen durch die CSU-Fraktion nach eingehenden Beratungen gebilligt. Die Opposition war teilweise einverstanden, stimmte jedoch letztlich wegen grundsätzlicher Bedenken gegen den Entwurf. Für die SPD bezog Mitberaterin Adelheid Rupp bei der Endberatung im Rechtsausschuss das „Nein“ insbesondere auf die Vereinfachungen beim Denkmalschutz. Hier wolle die Staatsregierung Hemmnisse nur wegen der schnelleren Erledigung der Bauanträge abbauen. Christine Stahl (Grüne) zweifelte gleichfalls am Sinn der Vereinfachungen. Vor allem beim Denkmalschutz wäre es besser, die einvernehmliche Entscheidung durch Innen- und Wissenschaftsministerium beizubehalten. Berichterstatte Thomas Ober-

meier (CSU) nannte als Hauptgründe für die Vereinfachung des Baurechts weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung des Bauwerbers. Nach Ansicht der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Peter Welnhof (CSU) bleibe der Denkmalschutz wichtig. Die Prüfung durch die Kreisverwaltungsbehörde und dann die Genehmigung im Sinne des Denkmalschutzes müsse einvernehmlich erfolgen, da der Landkreis sowohl Bauaufsichts- als auch Denkmalschutzbehörde sei.

In den 20 oppositionellen Änderungsanträgen sah Berichterstatte Obermeier auch eine gewisse Großstadtastigkeit, was Frau Rupp einräumte. Für die Städte bedeute die neue Bauordnung keine Vereinfachung sondern einen immensen Zuwachs an Bürokratie. Der Gesetzentwurf passe nur für kleine Kommunen. Es bestehe die Gefahr einer Klageflut gegen die vereinfachten Baugenehmigungen.

fachten Baugenehmigungen.

Ausschussvorsitzender Franz Schindler (SPD) teilte die Vorbehalte gegen das Änderungs-gesetz, sah aber keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Zur Belastung der Kommunen erklärte die Staatsregierung im Begleit-text des Gesetzentwurfs, ihnen entstünden keine neuen Kosten. Gebührenausfälle wegen Wegfall von Genehmigungsverfahren würden durch entsprechende Entlastungseffekte der Verwaltung kompensiert. Auch das Konnexitätsprinzip (wer anschafft, bezahlt) werde durch die Vereinfachung nicht tangiert. Ob und in welchem Umfang bei den unteren Baubehörden Personalfreisetzungsmöglichkeiten seien, werde sich aber erst ergeben. Als nicht voraussehbar erachtet die Staatsregierung die Bereitschaft der Bauherren zum „plankonformen Bauen“ im Sinne der erweiterten Möglichkeiten.

Bauaufsichtsbehörden und Kommunen können Rechtsverordnungen und örtliche Bauvorschriften bereits ab 1. September dieses Jahres ändern, während die Vereinfachungen erst am 1. Januar 2008 in Kraft treten. **rm**



Podiumsdiskussion mit MdEP Markus Ferber, MdB Dr. Peter Ramsauer, Moderator Luitpold Braun und MdL Engelbert Kupka.
Foto: Wolfgang Markus

Mit Erfahrung zum ...

(Fortsetzung von Seite 1)
führten diese Bemühungen bei-
spielhaft vor Augen.

Ein Meilenstein auf dem Weg
zu einer familienfreundlicheren
Gesellschaft ist der bedarfsge-
rechte Um- und Ausbau der Kin-
derbetreuung auch für Kleinkin-
der unter drei Jahren. Deshalb
muss nach Auffassung des Kom-
munalministers die Zahl der
Krippenplätze in Bayern spürbar
erhöht werden. Sehr begrüßens-
wert sei, dass sich der Bund an
den Sach- und Personalkosten der
Kinderkrippen beteiligen wird.

Megathema Migranten

Neben der Gewährleistung
von Sicherheit und Ordnung so-
wie der Stärkung des Ehrenamts
gelte die volle Aufmerksamkeit
u. a. auch der Integration von
Migranten, fuhr Beckstein fort.
Bei diesem „Megathema“ sei
darauf zu achten, die Sozialsys-
teme nicht zu belasten und des-
halb dafür zu sorgen, diese Be-
völkerungsgruppe in Lohn und
Brot zu bringen.

Beim Thema Klimaschutz
wiederum müsse Deutschland
eine Vorreiterrolle einnehmen.
Der Anteil erneuerbarer Energi-
en sei hierzulande bereits dop-
pelt so hoch wie in anderen Län-
dern. Nunmehr gelte es, den
CO₂-Ausstoß „substanziell zu
verringern“. Zudem plädierte der
Minister für verlängerte Laufzei-
ten bestehender Kernkraftwerke
sowie intensiveren Bemühungen
um eine „ordentliche Wärme-
dämmung“.

Politik aus einem Guss

Politik aus einem Guss als
Markenzeichen der CSU: Wie
Kommunal- und Landespolitik,
Bundes- und Europapolitik mit-
einander vernetzt und letztlich
gestaltet werden, darüber infor-
mierten in einer von Luitpold
Braun, KPV-Landesvorsitzender
und Landrat von Weilheim-
Schongau, moderierten Podi-
umsdiskussion MdEP Markus
Ferber, MdB Dr. Peter Ramsauer
und MdL Engelbert Kupka.

Ramsauer wies darauf hin,
„dass keine Partei auf einer der-
art breiten kommunalen Verwur-
zelung aufbaut wie die CSU“. Die
Landesgruppe werde sich auch
künftig energisch für die Kom-
munen einsetzen. Aktuelle Bei-
spiele hierfür seien die Auf-
nahme der Kommunen in das
Gebäudesanierungsprogramm
sowie die Entlastung bei Hartz
IV. So habe die Bundesregierung
auf Betreiben der Landesgruppe
in diesem Jahr für eine nochma-
lige Erhöhung der Bundesbetei-
ligung an den Kosten der Unter-
kunft auf über 30 % gesorgt. Bis
2010 bleibe die Bundesbetei-
ligung an die Entwicklung der
Zahl der Bedarfsgemeinschaften
gekoppelt, womit Rechts- und
Planungssicherheit für die Kom-
munen hergestellt sei.

Europaabgeordneter Markus
Ferber sprach seinerseits von
„komplexen Verhältnissen“ in-
nerhalb der EU. Einerseits woll-
ten Kommunen ihre Eigenstän-
digkeit bewahren, andererseits

diverse Leistungen der Daseins-
vorsorge mit Privaten durchfüh-
ren. Auffallend sei, dass Deutsch-
land viele Probleme nach Brüs-
sel transportiere, die eigentlich
vor Ort geklärt werden müssten-
ein nach Ferbers Worten immer
wiederkehrender „Balanceakt“. Jüngstes Beispiel sei die Boden-
schutzstrategie von Umweltmi-
nister Gabriel: Auf dessen Be-
treiben werde hier ein „bürokrati-
sches Monster“ gezüchtet.

Planungshoheit der Kommunen

Als „Scharnier zwischen den
vier Parteisäulen“ bezeichnete
MdL Engelbert Kupka die CSU-
Landtagsfraktion. Man werde
auch künftig darauf achten, „dass
die Planungshoheit der Kommu-
nen erhalten bleibt“. Mit den be-
deutenden Verbesserungen im
kommunalen Finanzausgleich
2007 seien klare Prioritäten zu-
gunsten der Städte und Gemein-
den gesetzt worden. Der Fokus
sei auf neue Formen der besseren
Beteiligung einkommensschwacher
Kommunen zu richten. Mit dem
jüngst vorgelegten Arbeitspa-
pier „Bayern 2020“ wolle die
CSU-Fraktion den Herausforde-
rungen Rechnung tragen und
Antworten geben.

Erfolgreiche Kampagnen

„Marketing im Wahlkampf“
und „Erfolgreiche Wahlkampa-
gnen“ lauteten die Themen der
Talkrunden mit Stefanie Nytsch
(Agentur Comosso), Guntram
Dopfer (Dopfers GmbH) und
Berater Martin Benz (Talk 1) so-
wie Dr. Harald Fichtner (OB
Hof), Franz Schnitzenbaumer
(BM Schliersee), Thomas Holz
(BM Kochel am See) und Tho-
mas Loderer (BM Otterbrunn -
Talk 2). Als Moderatoren fun-
gierten MdL Ernst Weidenbusch
und MdB Georg Fahrenschon.

Vor dem Hintergrund einer
„veränderten Professionalität des
Wahlkampfs“ müsse der Kandi-
dat eigene Stärken und Schwä-
chen erkennen und themenbezo-
gen agieren, so der Tenor. Wicht-
ig sei es, auf Menschen zuzuge-
hen und Werbemittel so einzu-
setzen, dass zentrale Botschaften
vermittelt werden.

Die Wahlkampfthemen seien
lesefreundlich und komprimiert
aufzubereiten. Je größer die Ge-
meinde, umso wichtiger werde
das Internet. Eine gute, sprich
laufend aktualisierte Homepage
sei unumgänglich.

Geschlossenheit und Authen-
ticität waren die am häufigsten ge-
nannten Merkmale einer erfolg-
reichen Wahlkampagne. Ein ho-
her Bekanntheitsgrad sei noch
längst kein Garant für den Wahl-
sieg, stimmten die Diskussions-
teilnehmer überein. Gefragt seien
Präsenz, wobei - wie Beispiele
belegten - der klassische Hausbe-
such durchaus nicht zwingend ist,
eine professionelle Agenturbera-
tung, die Konzentration auf weni-
ge Wahlkampfthemen je nach ört-
licher Spezifikation sowie eine
gezielte mentale Vorbereitung,
die auch das Durchspielen mög-
licher Szenarien beinhaltet. **DK**

Europa braucht ...

(Fortsetzung von Seite 1)
und in sich stimmigen Städtepo-
litik. Diese Städtepolitik sei eine
Querschnittsaufgabe der Eu-
ropäischen Union und umfasse
eine „Stadtverträglichkeitsprü-
fung“ aller EU-Politiken, Richt-
linien, Verordnungen und För-
derprogramme sowie eine Fol-
gekostenabschätzung.

Rechtssicherheit schaffen

Die Städte erhoffen sich zu-
dem, in den europäischen
Grundlagenverträgen die kom-
munale Daseinsvorsorge zu ge-
währleisten. Die Institutionen
der Europäischen Union müs-
sten Rechtssicherheit schaffen.

Städte und Gemeinden gehen
zudem davon aus, dass das schon
seit 1992 geltende Subsidiaritäts-
prinzip künftig befolgt wird. Die
Europäische Union müsse damit
aufhören, außerhalb ihrer aus-
schließlichen Zuständigkeit mit
hohem Bürokratieaufwand in im-
mer weitere Lebensbereiche re-
gelnd einzugreifen; dies gelte
insbesondere für die interkom-
munale Zusammenarbeit. In ihrer
Rechtsetzung sollte die Europäi-
sche Gemeinschaft von dem
Grundsatz ausgehen, dass die
Regelungen der jeweiligen Mit-
gliedstaaten ausreichen.

Die Städte und Gemeinden be-
grüßen laut Resolution die beim
Brüsseler Gipfel am 21. und 22.
Juni 2007 von den Regierungs-
chefs unter deutscher Ratspräsi-
dentschaft vereinbarten kommu-
nalfreundlichen Eckwerte für
den Reformvertrag der Europäi-
schen Union. Die danach vorge-
sehenen Gestaltungsmöglichkei-
ten der Städte und Gemeinden
bei der Daseinsvorsorge und das
geplante formelle Konsultations-
recht der kommunalen Spitzen-
verbände stellten einen wichti-
gen Schritt für die notwendige
Mitwirkung der Kommunen am
europäischen Einigungsprozess
dar. Sie hoffen, dass der Reform-
vertrag 2008 so in Kraft tritt.

Enge Partnerschaft zwischen Staatsregierung und Kommunen

Die große Bedeutung einer en-
gen und starken Partnerschaft
zwischen Staatsregierung und
Kommunen für die positive Ent-
wicklung Bayerns bekräftigte
Ministerpräsident Dr. Edmund
Stoiber. Bayern sei ein verlässli-
cher und erfolgreicher Anwalt
der Kommunen „und das soll
auch so bleiben“. Gewollt sei eine
„starke Partnerschaft mit den
Kommunen für ein starkes Bay-
ern“. Das enge Miteinander von
Staat und Kommunen sei ein
entscheidendes Plus für wirt-
schaftlichen Erfolg und sozialen
Zusammenhalt im ganzen Land.

Als sichtbares Kennzeichen
dieser guten Verbindung nannte
Stoiber die Tatsache, dass der
kommunale Finanzausgleich 2007
erstmalig die Schallmauer von
sechs Milliarden Euro durchbre-
chen und damit um über sechs
Prozent über dem Vorjahresni-
veau liegen wird. Der Minister-
präsident sprach sich zudem
dafür aus, finanzielle Spielräume,
die sich Bayern mit einer zu-
kunftsorientierten Politik der ver-
gangenen Jahre erfolgreich erar-
beitet hat, auch zur Aufstockung
investiver Mittel für die Kommu-
nen zu verwenden: „Mit der Auf-
hebung der Haushaltsperren für
kommunale Investitionszuschüs-
se zum Beispiel für Schulen und
Kindertageseinrichtungen, Ab-
wasserentsorgung und Wasser-
versorgung leisten wir einen
wichtigen zusätzlichen Investi-
tionsimpuls für unsere Städte und
Gemeinden.“

Eine klare Absage erteilte
Stoiber allen Bestrebungen, Lei-
stungen der Daseinsvorsorge wie
die Wasser- und Abwasserer-
-

sorgung, den Wohnungsbau und
das Gesundheitswesen EU-weit
zu liberalisieren. Stoiber: „Die
europaweite Liberalisierung
wichtiger Versorgungsleistungen
ist mit uns nicht zu machen.
Kommunale Daseinsvorsorge
wie die Wasserversorgung oder
Gesundheitsdienste können und
dürfen nicht einseitig unter der
Maxime des unternehmerischen
Gewinnstrebens betrieben wer-
den.“ Lobend erwähnte Stoiber
indes die Rolle der Kommunen
in Europa: Nach dem Krieg hät-
ten sie mit internationalen Städ-
tepartnerschaften den Grund-
stein für die europäische Eini-

Netzwerk Kultur ...

(Fortsetzung von Seite 1)
höhere Kosten verursachen wür-
de; von der Notwendigkeit eines
äußerst komplexen Finanzie-
rungsausgleichs zwischen den
kommunalen Ebenen ganz zu
schweigen. Mit Blick auf die an-
deren kommunalen Spitzenver-
bände stellte der Präsident die
Frage, wo denn der Vorteil liege,
wenn bei den Bezirken vorhande-
ne Synergieeffekte zerschlagen
und die Zuständigkeit auf 96 Kreis-
und Stadtverwaltungen
zersplittert werde. Hölzlein zufo-
lge wird die dritte kommunale
Ebene alles tun, um auch die
Staatsregierung davon zu über-
zeugen, dass die ambulante und
stationäre Hilfe zur Pflege bei den
Bezirken in beste Hände käme.

Als Erfolg wertete er die Tat-
sache, dass es dem Verband und
den Bezirken gelungen sei, eine
Privatisierung des Maßregelvoll-
zugs in der Psychiatrie zu ver-
hindern. „Wir konnten auf über-
zeugende Weise deutlich ma-
chen, dass die Bezirke in diesen
Einrichtungen so kostengünstig
wie möglich arbeiten, eine mo-
derne Vielfalt an therapeutischen
Angeboten machen können und
dabei auch ein Höchstmaß an Si-
cherheit für die Bevölkerung vor
psychisch kranken Rechtsbre-
chern gewährleisten“, betonte
der Präsident.

Heimat hat Konjunktur

Zurück zum Tagungsthema:
Heimat habe auch am Beginn
des 21. Jahrhunderts im Positi-
ven wie im Negativen Konjunk-
tur, so Hölzlein. Was sich bereits
am Ende des 19. Jahrhunderts
abzeichnete, sei heute ein zentra-
les Thema: „der Bezug zu Um-
welt- und Naturschutz, das poli-
tische Engagement für die Hei-
mat, das Übernehmen von Ver-
antwortung, das kritische Hinter-
fragen von Traditionen, die Öff-
nung zu anderen Kulturen, die bei
uns zu finden sind und unser
Leben bereichern“.

Freilich sei Heimat nicht nur
das unmittelbare Umfeld, son-
dern auch die Region, das Land,
Europa, fuhr Hölzlein fort. Und:
„Menschen können auch mehr
als nur eine Heimat haben.“
Denn Heimat sei von zwi-
schenmenschlichen Verbindun-
gen geprägt, von Sprache oder
Dialekt. Der ehemalige Bundes-
präsident Roman Herzog be-
schrieb dies wie folgt: „Heimat
ist dort, wo wir Land und Leute
kennen, wo uns Wege und Plätze
vertraut sind und wo man sich
freundlich und verständnisvoll
aufnehmen und behandelt
fühlt.“ Im Lichte dieser Aus-
führungen werde die große Be-
deutung der bezirklichen Hei-
matpfleger augenfällig, erklärte
der Verbandspräsident. Jede er-
folgreiche Kulturarbeit bewege
sich „im Spannungsfeld von Tra-
dition und Moderne“, weshalb
sich die Bezirke seit langem die-
sem kulturellen Pluralismus
stellten, wie auch eine druckfri-
sche Broschüre des Verbandes
eindrucksvoll aufzeige (siehe

gung gelegt.

Im Anschluss daran diskutier-
ten Dr. Ingo Friedrich, Präsi-
dentsmitglied des Europäischen
Parlaments, Günter Gloser,
Staatsminister für Europa, Aus-
wärtiges Amt, Emilia Müller,
Bayerische Staatsministerin für
Bundes- und Europaangelegen-
heiten und der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen,
Gerhard Stahl, mit den Kommu-
nalpolitikern Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly (Nürnberg),
Oberbürgermeister Hans Schai-
dinger (Regensburg) und Ober-
bürgermeisterin Dr. Birgit Seel-
binder (Marktreidwitz) das Ver-
hältnis der Europäischen Union
zu ihren Städten und Gemeinden.

Wie kompliziert Europapolitik
sein kann, zeigte Emilia Müller

Kasten). Dies bedeute wiederum
nicht, „dass wir kurzlebigen Mo-
den hinterherlaufen, wohl aber,
dass wir die kulturellen Strö-
mungen in unser Beratungsange-
bot und unsere Förderpraxis auf-
nehmen, die sich durch Bedeu-
tung und Nachhaltigkeit aus-
zeichnen“.

Auch Oberbayerns Bezirks-
tagspräsident Franz Jungwirth
hob den Wert bezirklicher Kul-
turarbeit hervor. Er verwies da-
bei auf zahlreiche oberbayeri-
sche Projekte wie etwa den Kul-
turpreis oder die Veranstaltung
„Murnau Miteinander“, die kürz-
lich über mehrere Tage rund 70
kulturelle Highlights präsentier-
te. Insbesondere stellte er auch
die Bedeutung des Tagungsortes
Kloster Seon heraus, das seit
1992 als Kultur- und Bildungs-
zentrum eine wegweisende Ar-
beit leiste. Seon und auch die
oberbayerische Kulturarbeit der
Bezirke insgesamt seien in der
Bevölkerung tief verankert, was
der Bezirk heute wie in Zukunft
als Chance und Auftrag verstehe,
sich diesem „Standbein“ der
Kommunalpolitik auf lebendige
Weise immer wieder zu stellen.

Stellenwert der Kulturarbeit

Im Anschluss vermittelten
den Stellenwert der Kulturarbeit
ebenso kurzweilig wie spannend
Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzen-
der der Landschaftsversammlung
des Landschaftsverbandes
Rheinland sowie Prof. Dr. Chris-
toph Stölzl, ehemaliger Vizepräsi-
dent des Abgeordnetenhauses
von Berlin. Wilhelm, der sich
mit den „Chancen der regionalen
Kulturpolitik im vereinten Euro-
pa“ befasste, sprach eingangs
vor dem Hintergrund der EU-Er-
weiterung von einem „Span-
nungsfeld von Diversität und
Identität“. Der Landschaftsver-
band Rheinland (LVR) als Höhe-
rer Kommunalverband und da-
mit eines der Pendants in NRW,
hat es sich als Kulturdienstleister
zur Aufgabe gemacht, die Viel-
falt der Region zu erfassen, zu
erforschen, zu bewahren und zu
pflegen. Verschiedene Institutio-
nen widmen sich Wilhelm zufol-
ge der Denkmal- und Boden-
denkmalpflege, dem Landschafts-
schutz und der Kulturland-
schaftspflege oder setzen medien-
und bildungs- politische Schwer-
punkte. Wissenschaftler unter-
suchten aktuelle und historische
Entwicklungen in der Region
oder betreuten und sicherten Ar-
chivgut. Insbesondere die Betei-
ligung an verschiedenen Stiftun-
gen dokumentiere das breite
Betätigungsfeld des Verbandes.

Prof. Stölzl bezeichnete Hei-
mat als „politischen Begriff und
Beschreibung einer Aufgabe“. Auch
sei Heimat „die Summe der
Integration von Altem und Neu-
em“. Multikulturell sei Deutsch-
land nicht erst seit einigen Jahren,
sondern bereits seit 1945. Ab die-
sem Zeitpunkt hätten sich die
Siedlungsformen deutlich verän-
dert, wies Stölzl nach.

anhand der Forderung des Städte-
tags nach der Bildung eines „Eu-
ropäischen Rates für nachhaltige
Stadtentwicklung“ auf. Für die
Politikerin wäre dies ein „zwei-
schneidiges Schwert“ weil die
Kommunen damit neue Gesetze
aus Brüssel auslösen würden, die
letztlich ihre Selbstverwaltungs-
rechte einschränken könnten.

OB Ulrich Maly, der seit ein-
halb Jahren dem EU-Aus-
schuss der Regionen (AdR) an-
gehört, plädierte für eine europä-
weit stärkere Mit- und Einmi-
schung der Rathäuser. Die Sitze
im AdR würden immer begehr-
ter, weil das Gremium für den
Willensbildungsprozess zuneh-
mend an Bedeutung gewinne.
„Da geben sich die EU-Kom-
missare inzwischen die Klinke in

Positionspapier zur regionalen Kulturarbeit

Umfassende Informationen
zu Geschichte, rechtlichen
Grundlagen, Rahmenbedin-
gungen, Prinzipien und den
Zukunftsperspektiven der re-
gionalen Kulturarbeit in Bay-
ern bietet ein neues Positi-
onspapier der bayerischen Bezirke.

Klar geht daraus hervor,
dass alle Bezirke kontinuier-
lich das Aufgabenspektrum ih-
rer regionalen Kulturarbeit er-
weitert haben. Aktuelle Kunst
oder Musik sind ebenso ein
Thema wie modernes Theater,
die Zeitgeschichte ebenso wie
die Industrie- oder die Jugend-
kultur. Beispielhaft dafür ste-
hen das oberfränkische Rock-
festival RIO oder die dortige
Literaturreihe „WortSpiele“,
das KULTURmobil des Be-
zirks Niederbayern und die
„Tage des offenen Ateliers“,
das Jüdische Museum in Mit-
telfranken, die Musical- und
Kabarett-Aktivitäten in Unter-
franken, die Wanderausstel-
lung zur Nachkriegszeit in
Schwaben oder die Fotoaus-
stellung zur Maxhütte in der
Oberpfalz. Neben Fachberatun-
gen für Heimatpflege, Volks-
musik, Trachten- und Laien-
spiel gibt es von den Bezirken
finanzierte Medienfachbera-
tungen und Populärmusikbe-
auftragte. Zudem beschäftigen
sich die Bezirke erfolgreich
mit integrativer Kulturarbeit.

Beim Blick in die Zukunft
muss es darum gehen, die
Dienstleistungsfunktion der
Bezirke zu stärken, die Me-
dienfachberatung ebenso aus-
zubauen wie die Populärmu-
sikberatung, darüber hinaus
die Bauberatung zu stärken
und die bezirkliche Heimat-
pflege auszudehnen. Laut
Broschüre „muss es Ziel jeder
Strukturreform im Kulturbere-
ich sein, alle Dienstleistun-
gen benutzerfreundlich, effek-
tiv und kostenbewusst zu ge-
stalten“. Eine Aufgabenerfül-
lung parallel durch mehrere
Institutionen sei strikt zu ver-
meiden. Aufgaben müssten
auf der Ebene gebündelt wer-
den, die die wirkungsvollste
und kostengünstigste Lösung
garantiert. „Bei der regionalen
Kulturarbeit ist es die der Be-
zirk.“ **DK**

Seit der Wende 1989 stelle
Heimat auch kein Ersatzgehäuse
mehr für die Deutschen dar. Oh-
nehin seien staatliche Hüllen im-
mer unpassend für die Gefühls-
welt der Deutschen gewesen.
Heimat sei kein Ersatz mehr für
die Nation.

„Wir werden Suburbia“, so die
Zukunftsprognose des Professors.
Wohlhabende wanderten aus, in
den Ballungsräumen verbleibe
zunehmend die Nicht-Deutsche
Bevölkerung. Eine neue „Subur-
bia“ benötige Nachbarschaftlich-
keit und kulturelle Zeichen; die
neue Heimat - „Gebärde der Ein-
ladung“ müsse gleichsam in sich
selbst entstehen. **DK**

VDV-Jahrestagung in Halle a. d. Saale):

Mehr Fahrgäste, höhere Effizienz

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen erwartet 2007 eine Fortsetzung des seit Jahren kontinuierlichen Anstiegs der Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen. Wie Präsident Günter Elste bei der VDV-Jahrestagung in Halle (Saale) hervorhob, „rechnen wir mit einer Zunahme von mindestens einem Prozent, nachdem im vergangenen Jahr die Fahrgastzahlen mit plus 1,9 Prozent überproportional angestiegen sind“. Dieses Ergebnis wäre laut Elste ein Riesenerfolg, „weil die Verkehrsunternehmen nach den Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes um 556 Millionen Euro alles unternommen haben, um einschneidende Konsequenzen auf das Verkehrsangebot zu vermeiden“. 2006 beförderten die VDV-Unternehmen insgesamt 9,5 Milliarden Fahrgäste - 26 Millionen täglich.

Auch an der Steigerung ihrer Effizienz hätten die Verkehrsunternehmen seit vielen Jahren intensiv und erfolgreich gearbeitet, so Elste. Der Kostendeckungsgrad sei weiter von 71,0 Prozent 2004 auf 72,2 Prozent 2005 gestiegen. „Damit liegt Deutschland an der Spitze in Europa“, stellte der Präsident erfreut fest. Wenn die Politik verlässlichere Finanzierungsbedingungen gewährleiste, seien weitere ökonomisch und ökologisch wichtige Fahrgastzahlensteigerungen möglich.

Anstieg des Verkehrsaufkommens

Beim Eisenbahngüterverkehr sei ebenso mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Für das erste Quartal habe das Statistische Bundesamt einen Anstieg des Verkehrsaufkommens um 6,3 Prozent gemeldet. 2006 sei das Aufkommen um 8 Prozent auf 343 Millionen Tonnen Güter und die Verkehrsleistung um 10,8 Prozent auf 105,8 Milliarden Tonnen-Kilometer gestiegen. Damit habe die Schiene bei der Verkehrsleistung einen Anteil von mittlerweile 21,4 Prozent am Güterverkehrsmarkt. An diesem Anstieg hatten, erklärte Elste, die Privatbahnen einen überproportionalen Anteil. Deren Marktanteil am Schienengüterverkehr sei mittlerweile auf 16,4 Prozent gewachsen.

Wachstumspotentiale

Dem Schienengüterverkehr würden sich nach Aussage des VDV-Präsidenten weitere ökologisch bedeutsame Wachstumspotentiale erschließen, wenn das Schienennetz endlich in einen leistungsfähigeren Zustand gebracht werde. Gleichzeitig sei ein weiterer Ausbau des Netzes dringend erforderlich.

In punkto Elektronisches Fahrgeld-Management (EFM) in Deutschland wies der Präsident darauf hin, „dass das VDV-Präsidium auf seiner jüngsten Sitzung den im Projekt VDV-Kernapplikation erreichten Sachstand begrüßt und allen an der Entwicklung Beteiligten gedankt hat“. Damit sei eine historische Chance zur Standardisierung des deutschlandweiten eTickets genutzt worden.

Elste stellte heraus, dass eine Umsetzung in der Entscheidungshoheit der Unternehmen und Verbünde im wirtschaftlich jeweils sinnvollen Umfang erfolge. Er hob hervor, dass die interoperable Nutzbarkeit des eTickets unter dem Dach der VDV-Kernapplikation auch ein wesentliches Kriterium der Politik gewesen sei, die Einführung zu fördern.

Problematische Gegaliner

Der VDV warnte darüber hinaus Bund und Länder vor Tendenzen, in der laufenden Diskussion um überlange und überschwere LKW (Gegaliner) Zulassungsbedingungen aufzuweichen. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe, die die Verkehrsministerkonferenz in ihrer Sitzung in

Wernigerode eingesetzt habe, seien Vorstöße einzelner Bundesländer in die Richtung bekannt geworden, Fahrzeuge mit Überlänge von mehr als 25 Metern, aber mit einer zulässigen Gesamtmasse von deutlich unter 60 Tonnen zuzulassen. Der VDV lehnte dies wegen der Auswirkungen auf den Güterverkehrsmarkt ausdrücklich ab. Die Zulassung solcher Fahrzeuge würde den Straßengüterverkehr einseitig begünstigen und damit den ökologisch bedeutsamen Erfolg der Güterbahnen im Bereich des kombinierten Verkehrs, aber auch anderer Verkehrssektoren wie des Einzelwagenverkehrs, erheblich gefährden. Für die Wettbewerbsverhältnisse auf diesem Markt habe eine Verlängerung der Gespanne wesentlich gravierendere Auswirkungen als eine Gewichtserhöhung.

Im Übrigen wies der Präsident darauf hin, dass eine Veränderung der Marktbedingungen zu Gunsten des Straßengüterverkehrs, die unweigerlich mehr Fracht auf die Straße zöge, weder in die energie- noch umweltpolitische Landschaft passe und den Bemühungen, den CO₂-Ausstoß insgesamt zu vermindern, deutlich widerspreche.

An die Adresse von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee ging die Bitte, die Gebühr für das „Schwarzfahren“ von derzeit 40 Euro auf 60 Euro und für Wiederholungstäter auf 120 Euro anzuheben. „Es kann doch nicht sein, dass die Verkehrsunternehmen aufgrund von weniger öf-

fentlichen Zuschüssen für Bus- und Bahnverkehre und gestiegenen Energiepreisen die Fahrpreise erhöhen müssen und Schwarzfahren nicht teurer wird“, zeigte der Hauptgeschäftsführer des VDV, Prof. Dr.-Ing. Adolf Müller-Hellmann, den Zusammenhang auf: „Die ehrlichen Fahrgäste müssen geschützt und Schwarzfahrer abgeschreckt werden.“



Radgipfel in Pocking

Brigitte Dieplinger (Regionalmanagement OÖ) und Hans Hartl, Bürgermeister von Kirchheim im Innkreis, hatten zum Radgipfel nach Pocking geladen und zahlreiche Verantwortliche folgten der Einladung. Diskutiert wurden u. a. Verbesserungen am Radweg und die „Mystery Guest-Analyse“. Das Urteil für den als familienfreundlich eingestuften Römerradweg fiel erfreulich aus. Neben der Radstrecke wurden auch die Leistungsanbieter entlang des Weges (Beherberger, Gastronomen, Radverleiher usw.) anonym getestet. Die Erkenntnisse sollen dazu dienen, in eigenen Workshops Schwächen zu beheben und den Leistungsanbietern zu noch mehr Professionalität zu verhelfen. Für Gäste gibt es eine Rad-Broschüre, die keine Wünsche offen lässt. Auch im Internet steht Gästen eine ausführliche Information über diesen Top-Radweg zur Verfügung. „Von Passau bis Wels auf den Spuren der Römer - dieses Rad-Erlebnis soll bei Gästen einen bleibenden Eindruck hinterlassen“, so Hans Hartl.

Grenzübergreifendes Nahverkehrssystem:

Dem Herzen Europas näherkommen

Landkreis Lichtenfels beteiligt sich an EgroNet

Die Weichen sind gestellt - der Landkreis Lichtenfels wird sich zum Winterfahrplan 2007/2008 dem grenzübergreifenden Nahverkehrssystem „EgroNet“ anschließen. Dieser einstimmige Beschluss des Kreisausschusses von Lichtenfels unter der Leitung von Landrat Reinhard Leutner eröffnet neue touristische Perspektiven für die Region.

Auf Initiative des Landrats wird der Landkreis eingebunden in das Nahverkehrssystem, dem derzeit 17 Mitglieder aus den Regionen Cheb, Karlovy Vary, Ostthüringen, Südwestsachsen sowie Oberfranken angehören. „Das ist eine gute Sache mit soliden Partnern“, so Landrat Leutner in seiner Begründung zum Beitritt. Die Obermain Therme in Bad Staffelstein, Kloster Banz, Vierzehnheiligen, der Staffelberg und die Korbstadt Lichtenfels oder das Deutsche Korbmuseum in Michelau, das Deutsche Schustermuseum in Burgkunstadt sowie das Landschaftsmuseum NordJura in Weismain können davon ebenso profitieren wie andere touristische Einrichtungen und die Baur Kaufwelt.

Kern der Zusammenarbeit ist ein gemeinsames Ticket: das Tagesticket kostet 14 Euro - zwei Erwachsene mit zwei Tages-

tickets können bis zu vier Kinder (bis 14 Jahre) mitnehmen; Kinder unter sechs Jahren fahren ohnehin kostenlos im Verbundgebiet. Pro Jahr werden derzeit für die 461 Linien, die mit 6.000 Haltestellen ausgestattet sind, 45.000 Tickets verkauft. Und noch ein Anreiz mehr: Gegen Vorlage des Fahrscheins gewähren gastronomische, kulturelle und Sporteinrichtungen sowie Unternehmen der Region Vergünstigungen und Rabatte. □

Festhalten an der Schiene

Verkehrsstaatssekretär Jörg Hennerkes war seinerseits „guter Dinge, dass wir mit dem Eisenbahnneuordnungsgesetz noch in diesem Sommer das Kabinett erreichen“. Der Einigungsprozess der beteiligten Ministerien ist nach seinen Angaben fast abgeschlossen. Das Bundesverkehrsministerium setze sich für den Erhalt des 34.000 Kilometer umfassenden Schienennetzes der Deutschen Bahn (DB) ein, versicherte Hennerkes den Delegierten. „Jede Schiene müssen wir



Weiterentwicklung der BETA-Fahrradparker

Ein neues Highlight der BETA-Fahrradparkerfamilie, den Fahrradparker BETA Focus XXL präsentiert die ORION-Bausysteme GmbH. Das Biebesheimer Unternehmen ist einer der führenden Entwickler und Hersteller von Fahrradparksystemen. Mitte der achtziger Jahre hatte man die Vision, den Nachfrageboom nach stetig höherwertigen Fahrrädern mit einem intelligenten Radparksystem, das es gestattet, Laufrad + Fahrradrahmen gleichermaßen sicher anzuschließen, zu begleiten.

Im Dialog mit dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) entstand seinerzeit das bis ins Detail ausgefeilte Fahrradparkermodell BETA.

Die Grundversion wurde permanent weiterentwickelt. So entstand die „BETA-Familie“; ein wartungsfreies, korrosionsbeständiges Modulbausystem in hoher Materialgüte und -verarbeitung im Qualitätsstandard des TÜV-CERT-Verfahrens nach DIN EN ISO 9001.

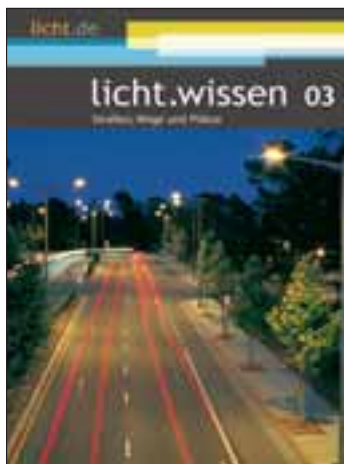
Die stetige Weiterentwicklung der BETA-Fahrradparkerfamilie kann überschrieben werden mit „form follows function“. Im Vordergrund der Weiterentwicklung stand ganz klar der Anspruch, funktionale Aspekte - auch unter Gesichtspunkten des Designs - zu optimieren.

Fahrräder werden heute in immer aufwändigerer Typen- und Systemvielfalt mit neuen, oft futuristischen Rahmengestaltungen und Anbauelementen hergestellt. Diesem Trend ist man bei Orion gefolgt.

Durch die Modifizierung der Geometrie des Anlehnbügels und eine angepasste Fokussierung der Radfixierung entstand der neue Fahrradparker BETA XXL mit dem die Anschließbarkeit von Laufrad + Fahrradrahmen bei Fahrrädern mit neuen Rahmengestaltungen sichergestellt ist.

Das neue Modell besitzt das Prüfsiegel „ADFC-empfohlen“ (Prüf-Nr. Q0701), ist voll und ganz zu den Systemschnittstellen aller Komponenten des BETA-Fahrradparksystems kompatibel und kann in Folge dessen problemlos auch in bestehende Anlagen integriert werden.

Weitere Infos: www.orion-bausysteme.de. □



„Licht.wissen 03“: Straßen-Wege-Plätze

Straßenbeleuchtung dient der Sicherheit. Das verdeutlicht anschaulich das neu aufgelegte Heft 3 „Straßen, Wege und Plätze“ der Fördergemeinschaft Gutes Licht. Es erklärt, wie „Sehen und gesehen werden“ funktioniert und wie das Licht dazu beiträgt, die Zahl der Verkehrsunfälle und die Gefahr krimineller Übergriffe zu verringern. Gegliedert nach Anwendungsfällen beschreibt das Heft jeweils die Beleuchtungsaufgaben und die Bewertungskriterien, geht dabei auch ein auf den gestalterischen Aspekt der Außenbeleuchtung. Erläutert wird die Klassifizierung nach den relevanten Normen DIN 13201-1 und DIN EN 13201, Tabellen dienen als erste Planungshilfe. Berichte über geeignete Lampen und Leuchten sowie Normen und Literatur runden das umfassende Informationsangebot ab. Heft 3 „Straßen, Wege und Plätze“ (40 Seiten, ISBN 3-926 193-03-4) kostet neun Euro. Bestellung: Fördergemeinschaft Gutes Licht, Stresemannallee 19, 60596 Frankfurt am Main, Bestell-Fax 069/98955-198 oder im Internet unter www.licht.de - dort als kostenfreier Download. □



Unsere Bilder zeigen die neuen Fahrzeuge, wie sie künftig auch im Landkreis Lichtenfels unterwegs sein werden. □



Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911/ 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911/ 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941/ 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921/ 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH





Das Wesen des Lichts verstehen und optimal zu Gunsten der Menschen und der Umwelt nutzen will man im iGuzzini-Werk Recanati. Mit ihren hochinnovativen Produkten zählen die Italiener zu den Weltmarktführern in der Beleuchtungstechnik. □

Interview mit Adolfo Guzzini:

„Better light for a better life“

iGuzzini und die Umwelt-Ziele der Europäischen Union

Das seit 1958 in Recanati/Mittelitalien ansässige Unternehmen iGuzzini illuminazione ist einer der international führenden Hersteller technisch hochwertiger Beleuchtungssysteme für den Innen- wie Außenbereich. Das heute von Adolfo Guzzini geführte Familienunternehmen hat sich neben der Herstellung technisch anspruchsvoller Leuchten stets der Frage des „Guten Lichts“ gewidmet und damit dem Bewusstsein, dass das Licht dem jeweils zu beleuchtenden Umfeld angepasst werden muss, um diesem in jeder Hinsicht gerecht werden zu können. „Gutes Licht“ muss das Wesen von Personen und die Beschaffenheit von Architektur und Landschaft respektieren, muss auf sie eingehen und reflektieren. Dieses Bewusstsein zeigt sich nicht nur in sämtlichen Beleuchtungsprojekten weltweit, sondern findet sein Echo auch und vor allem in einem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt. Stefan Volkamer, freier Journalist für Licht und Architektur aus Starnberg, führte ein Interview mit Adolfo Guzzini und ging dabei der Frage nach, welchen Stellenwert Umwelt- und Energieaspekte im Hause iGuzzini einnehmen.

Volkamer: Herr Guzzini, die Staaten der Europäischen Union wollen bis 2020 mindestens 20% weniger Kohlendioxid ausstoßen als 1990. Für die entsprechenden Länder ist das nicht nur eine gesamtstaatliche Aufgabe, diese Forderung betrifft jeden von uns. Private

zienten und verantwortungsvollen Umgang mit dem Licht - unabhängig davon, ob es jetzt natürlich oder künstlich ist. Der Mensch steht für uns zunächst im Mittelpunkt und damit die Verpflichtung zu „gesundem Licht“.

Volkamer: Also Licht bzw. Beleuchtungssysteme, die bio-

rhythmus abgeschnitten werden.

In Zusammenarbeit mit dem nationalen Forschungszentrum Italiens, dem Lighting Research Center des Rennselaer Polytechnic Institute von Troy (New York) und dem Futuro di Firenze haben wir beispielsweise schon vor Jahren ein biodynamisches, aktives Beleuchtungssystem für den Bürobereich entwickelt, dessen Licht sich in Hinsicht auf Farbe



Adolfo Guzzini: Engagement für verbesserte Lichtqualität und verringerten Energieverbrauch für weniger CO2-Emission. □

und Intensität über ein programmierbares Kontrollsystem steuern lässt und damit einen wesentlichen Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen nimmt - SIVRA. Mit diesem System waren und sind wir Vorreiter einer Entwicklung, deren Bedeutung erst jetzt in ihrer gesamten Breite erkannt wird. Dies nur als ein Beispiel für unser Verständnis von „gesundem Licht“.

Gesundheit und hohe Energieeffizienz

Volkamer: Der Mensch im Zentrum des ökologischen Systems?

Guzzini: Absolut. Sein Wohlbefinden und seine Gesundheit. „Gutes Licht“ geht für uns noch einen Schritt weiter. Es verbindet gesundheitliche Aspekte mit einer möglichst hohen Energieeffizienz. So haben wir in unseren Laboratorien beispielsweise außerordentlich wirksame Reflektoren entwickelt, die eine maximale Lichtausbeute und eine hohe Lampenlebensdauer bewirken. Diese Reflektoren sind so hochgradig wirksam, dass sie eine deutlich spürbare Reduzierung des Stromverbrauchs und damit eine Reduktion des CO2-Ausstoßes ermöglichen. Wir setzen Leuchtstofflampen mit moderner Elektronik und Steuersystemen ein, die das Licht automatisch an- und ausschalten bzw. die Lichtintensität ändern, wenn integrierte Sensoren ausreichend natürliches Licht melden.

Etwa 45 Prozent des gesamten Stromverbrauches fällt bei der Beleuchtung von Büroräumen an. Diesen Verbrauch etwa kön-

nen sie erheblich reduzieren, wenn sie - wie bei unseren aktuellen Systemen Action und Light Air - Leuchtmittel der neuesten Generation, elektronische Vorschaltgeräte und optische Systeme mit Lichtausbeuten von 0,8 bis 0,9 verwenden. Und genau hier liegt unser Hauptaugenmerk, das ist einer unserer Beiträge für einen geringeren Energieverbrauch.

Volkamer: Bio-ökonomische Beleuchtungssysteme?

Guzzini: Ein schöner Ausdruck, der aber stimmt. Systeme jedenfalls, die auf die individuellen Bedürfnisse des Menschen Rücksicht nehmen und unsere Bemühungen um einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt dokumentieren. Licht mit einer hohen Präzision und Qualität als Ausdruck unserer Wertschätzung dem Leben, dem Menschen und der Erde gegenüber.

Volkamer: In Westeuropa werden etwa 430 TWh Strom für die Beleuchtung gebraucht. Knapp 80 Prozent davon entfallen auf die Industrie, den tertiären Sektor und die Beleuchtung von Strassen und Gebäuden. Wo liegen hier die Ansätze, der drohenden Energiekrise entgegen zu wirken?

Intelligenter Lichteinsatz

Guzzini: Die Antwort liegt in der Qualitätsplanung. Wenn unsere Zukunft in den erneuerbaren Energien liegt, dann liegt un-



Straßenbeleuchtung nicht nur „vom Feinsten“, sondern orientiert an den Bedürfnissen der Menschen, dabei energiesparend, mit ausgezeichnete Lichtausbeute - unter Vermeidung von Lichtmog: Die Beleuchtung der Endstation der Straßenbahnlinie 4 in Augsburg mit Nuvola Mastleuchten von iGuzzini. Architektur und Beleuchtung bilden ein einheitliches Bild. □

muss intelligenter eingesetzt werden als bisher, und das ist möglich - auch ohne die Sehqualität zu beeinträchtigen, was im Innenbereich zu gesundheitlichen, im Außenbereich zu sicherheitsgefährdenden Konsequenzen führen würde.

Volkamer: Stichwort Außenbeleuchtung. Ich bin immer wieder überrascht von der enormen Lichtdispersion, regelrechte Lichtglocken, die über manchen Städten liegen. Viel verpuffte Energie.

Vernünftige Lichtplanung

Guzzini: Stimmt, und damit schneiden Sie eine weitere Möglichkeit zur Reduktion des CO2-Ausstoßes an: Eine vernünftige Lichtplanung. Die meisten Strassen und Plätze werden noch immer mit technisch längst überholten Leuchten beleuchtet. Schätzungen zu Folge betrifft das in Europa etwa 30 Prozent der installierten Leuchtsysteme, die teilweise über 20 Jahre alt sind. Hoher Stromverbrauch, niedrige Lichtausbeute und mangelhafte Optiken. Das Ergebnis sind Lichtdispersion und folglich Lichtmog. Das ist Stromverschwendung und damit eine völlig unnötige CO2-Belastung der Atmosphäre, die bei sachgemäßer Planung mit neuen Anlagen um etwa 3,5 MT gesenkt werden könnte.

Volkamer: Und wie steht Ihr Unternehmen zum Thema Lichtmog?

Guzzini: Zum einen bieten wir Systeme für die Straßen-, Wege- und Platzbeleuchtung, deren Leuchtenkörper und Optiken einen exakt nach unten gerichteten Lichtaustritt ermöglichen. Das Licht geht dahin, wo es hin soll. Die Lichtabgabe in die Atmosphäre ist bei solchen Systemen gleich Null.

Energiesparen als Maxime

Zum anderen ist für iGuzzini das Thema Energiesparen eine Verpflichtung, die sich in den letzten 30 Jahren in einem Projekt zur Qualität des Lichts konkretisiert hat. Seit 1993 treten wir im Rahmen der Aktion „con iGuzzini contro l'inquinamento luminoso“ (mit iGuzzini gegen Lichtverschmutzung) gegen Beleuchtungsmaßnahmen an Orten ein, wo und wie sie nicht benötigt werden bzw. mangelhaft durchdacht sind. Darüber hinaus haben wir erst vor kurzem das Projekt „CO2-Relighting“ ins Leben gerufen, das uns bei der Aufgabe unterstützen soll, die wir im Rahmen unserer Kampagne „Better Light for a Better Life“ übernommen haben: eine verbesserte Lichtqualität und ein verringerter Energieverbrauch für weniger CO2-Emission.

Volkamer: Gesundes Licht, Gutes Licht, Präzises Licht, Intelligente Planung, Erneuerung alter Anlagen - sind das

im Wesentlichen die Empfehlungen aus Ihrem Blickwinkel, die Sie der EU-Kommission als Beitrag zur Erreichung der gesetzten CO2-Reduktionsziele geben würden?

Mehr Verantwortung übernehmen

Guzzini: Ja, absolut. Damit ließe sich der Stromverbrauch und damit der CO2-Ausstoß schon erheblich reduzieren. Die Umstellung auf erneuerbare Energien bei der Stromerzeugung dauert zwar noch lange, wäre aber einer der größten Fortschritte der Menschheit. Der Mensch hat seine Umwelt provoziert mit zum Teil pervertierten Auswirkungen. Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen und gewissenhafter und nachhaltiger mit den sensiblen Themen Energie und Umwelt umgehen. Bei iGuzzini haben wir diesen Respekt den Menschen, der Erde und ihren Ressourcen gegenüber in sämtlichen Unternehmensbereichen und schon in vielen unserer Systeme verankert.

Volkamer: Herr Guzzini, vielen Dank für dieses Interview und weiterhin viel Erfolg bei Ihren Engagements.

Guzzini: Ich bedanke mich auch. □

Buchbesprechung:

Licht für Städte

Leitfaden zur Lichtplanung im urbanen Raum

Als konkreten Leitfaden für besseres Licht auf städtischen Straßen und Plätzen, in Parks und Gärten und an Gebäuden haben Ulrike Brandi und Christoph Geissmar-Brandi ihr Buch „Licht für Städte“ konzipiert. Die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung ist eine wirkungsvolle und zugleich kostengünstige Maßnahme, um die Attraktivität von Innenstädten nachhaltig zu erhöhen. Viele Kommunen leisten sich auf der Basis von Masterplänen eine komplett neue Stadtbelleuchtung. „Licht für Städte“ erläutert, basierend auf dem Erfahrungswissen der Autoren, die technischen und fachplanerischen Aspekte eines Lichtmasterplans bzw. Stadtlitkonzeptes. Es gibt wichtige Informationen zu Machbarkeit und möglichen Finanzierungsmodellen, erörtert Herangehensweise und Ablauf von Planungen, vermittelt Fachwissen über neue Beleuchtungsanlagen im Außenbereich und ihre Steuerungsmöglichkeiten und stellt 15 realisierte Beispiele von Beleuchtungslösungen im öffentlichen Raum vor.

Licht für Städte - Ein Leitfaden zur Lichtplanung im urbanen Raum, Brandi, Ulrike; Geissmar-Brandi, Christoph 2007, 168 Seiten, 139 illustriert., 109 in Farbe, Gebunden ISBN: 978-3-7643-7628-4. □



Die Leuchte Kobra muss man in Aktion erleben! Bitte klicken Sie dieses Bild auf der GZ-Homepage www.gemeindezeitung.de an.

Haushalte ebenso wie Kommunen, Handel, Gewerbe und die Industrie. Welche Rolle spielen Umweltaspekte in Ihrem Unternehmen und welchen Beitrag leisten Sie, um der Forderung nach einer effektiven CO2-Reduktion nachzukommen?

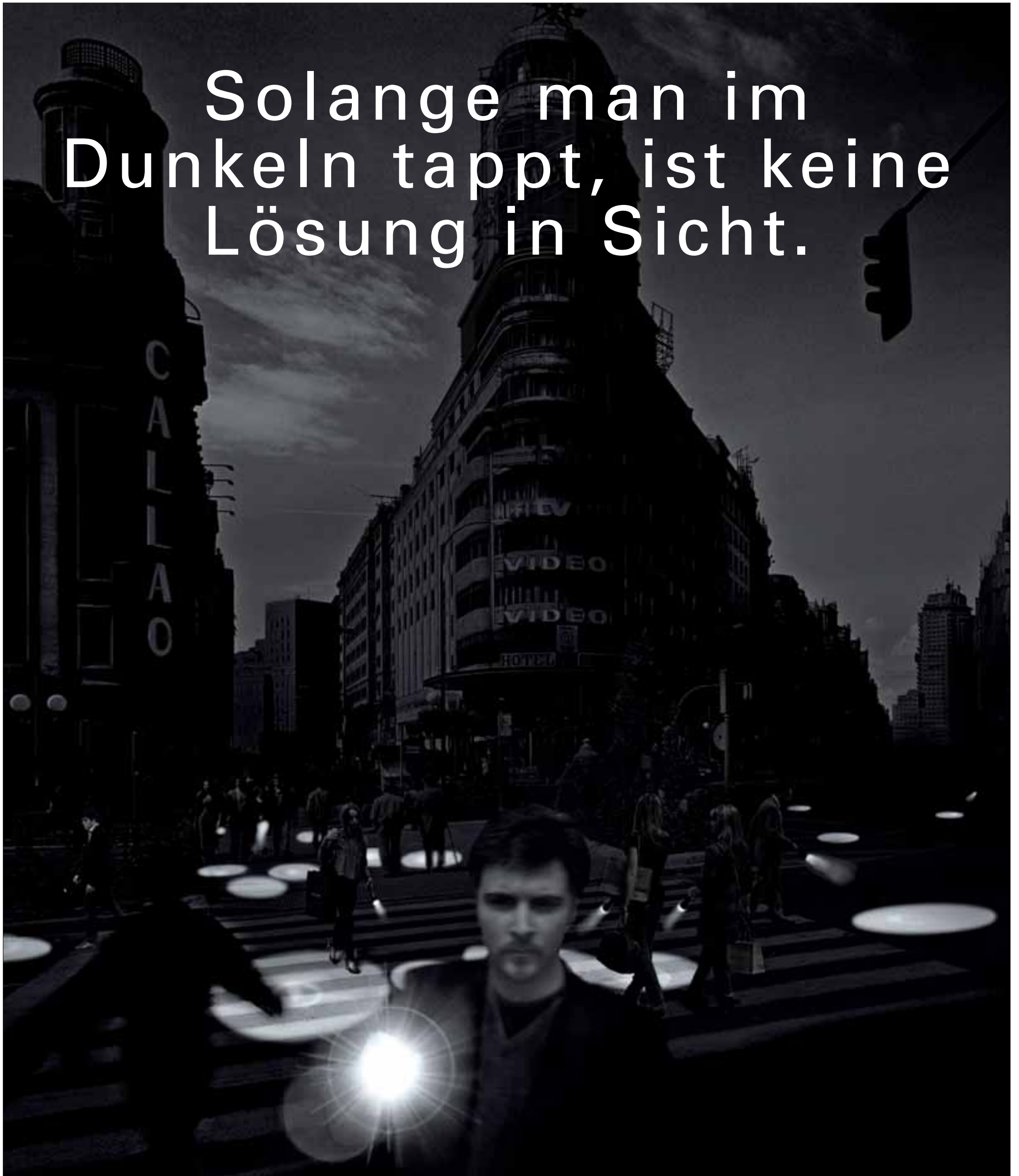
Verpflichtung zu gesundem Licht

Guzzini: Ich denke zunächst, dass man Ihre Frage nicht auf reine Umweltaspekte und damit auf CO2-Emissionswerte reduzieren kann. Das wäre mir zu eingleisig. Die Auseinandersetzung mit ökologisch zwingenden Notwendigkeiten beginnt für uns mit der Frage, welche Wertschätzung wir dem Menschen und seinen Bedürfnissen entgegen bringen. Egal, ob jetzt am Arbeitsplatz, zu Hause oder auf der Strasse. Licht ist ein Element, dass unser Wohlbefinden, unsere Gesundheit, unsere Vitalität und unseren Biorhythmus entscheidend bestimmt - im Guten, wie im Schlechten. Diese Wertschätzung ist der erste Schritt zu einem ökologisch effi-

chemische Prozesse beim Menschen berücksichtigen?

Guzzini: Wenn Sie es so nennen möchten, ja. Sehen Sie, der rhythmische Tagesverlauf des Sonnenlichts wirkt auf uns wie eine biologische Uhr. Beleuchtungsniveau und Farbtemperatur beeinflussen messbar das psycho-biologische Gleichgewicht und wirken auf wichtige physiologische Werte wie Hormonproduktion, kognitive Prozesse und Gemütszustand ein. In der modernen Bürowelt beispielsweise haben längst nicht alle Menschen einen uneingeschränkten Zugang zum natürlichen Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslichtverlauf, in manchen Fällen fehlt der Kontakt mit dem Sonnenlicht fast gänzlich. Wissenschaftliche Laboratorien, Handelsräume der Finanzwelt oder Call-Center sind typische Beispiele für komprimierte Arbeits- und Bürobereiche mit eingeschränktem Tageslicht

Solange man im Dunkeln tappt, ist keine Lösung in Sicht.



Paradox: Gerade dort, wo man einfach nur Licht sparen will, fällt ein großer Schatten auf die Lebens- und Arbeitsqualität. Wer also die Elektrizität sinnvoll nutzen (und damit auch den CO₂-Ausstoß reduzieren) will, sollte nicht einfach möglichst wenig Licht erzeugen, sondern das möglichst beste Licht.

iGuzzini hat eine Reihe von Konzepten entwickelt, dank denen man mit umweltfreundlichen, weil effizienten Energiequellen arbeiten kann. Raffinierte Softwarelösungen steuern die Prozesse zwischen Quelle und Verbrauch.

Der Bürgermeister von Recanati (dort, wo iGuzzini zu Hause ist) gab kürzlich bekannt, dass die Energiekosten der Stadt drastisch (bis auf 40%) gesenkt werden konnten. Wir haben mit den Beleuchtungsexperten der Stadt zusammengearbeitet und die Studie, in der die Ersparnis gemessen wurde, gesponsert. Die Bürgermeister von New York, Paris, London, Melbourne oder Shanghai, in deren Städten wir Gebäude und Anlagen beleuchten helfen, könnten auch von tieferen Kosten und höherer Lebensqualität berichten. Geht Ihnen ein Licht auf? Und möchten Sie auch Ihre Lebens- und Arbeitsräume ins richtige rücken? iguzzini.com, iGuzzini Illuminazione spa, Italy.

11. EUROFORUM-Jahrestagung „Stadtwerke 2007“:

Mehr Effizienz im Vordergrund

Konzentration setzt kommunale Stadtwerke unter Druck

Das Thema „Effizienz“ bestimmte die Diskussionen der rund 650 Teilnehmer der diesjährigen EUROFORUM-Jahrestagung „Stadtwerke 2007“ in Berlin. Angesichts der anhaltenden CO₂-Debatte und der Anfang 2009 anstehenden Anreizregulierung gewinnen Energie- und Kosteneffizienz eine entscheidende strategische Bedeutung für Energieversorger. Staatssekretär Matthias Machnig vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit betonte zum Auftakt der etablierten Tagung die beabsichtigte Integration der Klima- und Energiepolitik in Europa und deren Auswirkungen auf die deutsche Energie- und Industriepolitik.

„Wer Energieeffizienz in den Vordergrund rückt, betreibt auch Wirtschaftspolitik“, stellte Machnig fest. Da der Anteil der Energiekosten an den Produktionskosten rund 50 Prozent betrage, müsse auch hier Energieeffizienz in Augenschein genommen werden. „Wer künftig im Wettbewerb bestehen will, muss ökologisch und ökonomisch voraus sein“, so der Staatssekretär. Der Ausbau erneuerbarer Energien sei für die Energieeffizienz unabdingbar. Mehr Wettbewerb und damit bessere Preisstrukturen seien angesichts des zunehmenden weltweiten Energieverbrauchs nur gemeinsam mit der Politik zu erreichen. „Ein zu spätes Handeln beim Klimawandel wird teuer, als nicht zu handeln.“

CO₂-Reduzierung

Machnig prognostizierte erhebliche Wachstumsverluste für die gesamte Wirtschaft, wenn dieses Problem nicht angegangen werde. Darum verfolge die Bundesregierung auch den konsequenten Weg der CO₂-Reduzierung. Dieses Ziel könne nur erreicht werden durch eine Reduzierung des Stromverbrauchs, durch die Erneuerung von Kraftwerken mit höheren Wirkungsgraden, der Steigerung der erneuerbaren Energien, einer Ver-

dopplung der Kraftwärme-Kopplung und durch eine gezielte Gebäudesanierung.

Dialog mit der Netzentur

Zufrieden mit den Möglichkeiten der Regulierung, den Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt anzuregen, zeigte sich der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth. In den ersten zwei Jahren ihrer Tätigkeit habe die Netzentur bereits einen großen Teil der Aufbauarbeit abgeschlossen und zahlreiche Vorgaben und Entscheidungen durchgesetzt. Die Unternehmen hätten die Arbeit des Regulierers gut angenommen und würden viele Probleme im Dialog mit der Netzentur lösen. In der Praxis habe sich gezeigt, dass das verbindliche Auftreten des Regulierers sich bewährt habe.

Zwei-Vertragsmodell

Trotz der vielen Besonderheiten bei den einzelnen Versorgern und der oft unvollständigen Daten habe man die erste Runde der Netzentgeltenehmigungs-Verfahren mittlerweile abschließen können. Auch im Gasmarkt werde man mehr Wettbewerb im Privatkundengeschäft erreichen können. Immer mehr Anbieter machten mittlerweile Angebote.

Erfreulich sei auch die einheitliche Umsetzung des Zwei-Vertragsmodells. Änderungsbedarf bestünde bei den Marktgebieten, die alsbald auf unter zehn reduziert werden müssten.

„Die Netzentur ist nicht der Feind der Stadtwerke, aber der Freund des Wettbewerbs“, stellte der Präsident fest. „Wer die alte Monopol-Welt verteidigen will, der wird Probleme bekommen“, betonte er. Viele Stadtwerke schätzten den Wettbewerb und stellten sich den neuen Rahmenbedingungen durch Partnerschaften und Kooperationen. Eine weitere Chance sei die Anreizregulierung. Durch den Wegfall der Einzelfallprüfungen und der Kostenprüfungen bekämen die Unternehmen mehr Spielräume ihre Netze effizient aufzustellen.

Ausreichende Anreize setzen

Kurth erinnerte daran, dass ein bundesweiter Wettbewerb erst dann durchgesetzt werden könne, wenn bundesweit vergleichbare Netzentgelte erreicht worden sind. Deutlich lehnte er die Vorschläge ab, nicht die Besten als Maßstab für die Anreizregulierung zu fixieren, sondern die durchschnittlich Besten. Eine solche Herangehensweise würde keine ausreichenden Anreize mehr setzen.

Ownership-Unbundling

Die Forderung der Europäischen Kommission nach einem europaweiten Regulierer für alle Energiefragen bezeichnete Kurth als nicht nachvollziehbar. Dies widerspräche dem europäischen Subsidiaritätsprinzip und sei nur

bei transeuropäischen Fragen gerechtfertigt. „Wir brauchen eine bessere Harmonisierung und Kooperation der europäischen Regulierer untereinander und mit der Europäischen Kommission“, sagte er. Zum Ownership-Unbundling gab er zu bedenken, dass in Europa sehr unterschiedliche Strukturen bestünden und teilweise Netze und Versorger in staatlicher Hand seien. Da man Investitionen in die Netze benötige und der Staat als Investor dem Liberalisierungsgedanken widerspräche, bedürfte die Frage nach dem Ownership-Unbundling einer genauen Prüfung.

Spiel auf Zeit

Der neue Präsident des Bundeskartellamtes, Dr. Bernhard Heitzer, erklärte, dass sich seine Behörde auch weiterhin für einen stärkeren Wettbewerb im Energiesektor einsetzen werde. Auch wenn der Großteil der Branche den Wettbewerb begrüße, stellten sich immer noch Unternehmen gegen den Wettbewerb und spielten auf Zeit. Obwohl die Liberalisierung in den Energiemärkten bereits vor zehn Jahren begonnen habe, seien immer noch keine großen Fortschritte erreicht.

Vertikale Integration

Der Trend zu einer vertikalen Integration halte an und sowohl Erzeugung als auch Vertrieb lägen weiter stark in einer Hand. Noch schlechter sähe es aus den Wettbewerb auf dem Gasmarkt aus, erläuterte Heitzer. Hier fehle es weiter an Liquidität und an Kapazitäten für den grenzüberschreitenden Gashandel. „Sollten sich die Unternehmen nicht stärker auf den Wettbewerb einlassen, werden die Bedingungen strenger werden“, betonte der Kartellamts-Chef.

Mit der Fusionskontrolle werde das Kartellamt einer weiteren Zentralisierung entgegenarbeiten. Durch die Strategie der Vorwärtsintegration versuchten die großen Energieversorger ihre

starke Position als Versorger der Stadtwerke weiter abzusichern. Darum habe seine Behörde Beteiligungsvorhaben von Versorgern an Stadtwerken in Gas und Strom untersagt. Wegen der hohen Marktkonzentration des Duopols RWE und E.ON, die mehr als sechzig Prozent der Strommengen auf der Erzeugungs- und Vertriebsstufe kontrollierten, würden hier weiterhin Stadtwerke-Beteiligungen untersagt.

Enger Spielraum der Stadtwerke

Zur noch immer bestehenden räumlichen Marktabgrenzung stellte Heitzer fest, dass sich das Kartellamt hier mit den Fortschritten bei der Regulierung bewegen werde. Gerade Stadtwerke hätten regional auf der Kleinkundenebene eine Marktmacht. Darum sei der Spielraum der Stadtwerke gerade auf dem Gasmarkt sehr eng.

Gegen Preissmissbrauch

Seine Behörde werde weiterhin aufmerksam gegen Preissmissbräuche vorgehen, betonte der Präsident weiter. Positiv habe sich das Verfahren des Kartellamtes gegen die Langfristverträge auf die konzernabhängigen Stadtwerke ausgewirkt. Diese Stadtwerke hätten nun die Möglichkeit, ihre Beschaffungen zu optimieren und ihre Abhängigkeit von einem Lieferanten zu verringern. Diese Vorteile könnten die Stadtwerke nun an ihre Kunden weitergeben. Darüber hinaus sei für sie auch das Verfahren des Kartellamtes gegen E.ON wegen der Einpreisung der CO₂-Zertifikate interessant. Denn so wie die Industriekunden von den großen Erzeugern abhängig seien, seien dies auch viele Stadtwerke.

Zur Diskussion um das Ownership-Unbundling bemerkte Heitzer: „Theoretisch könnte man es ordnungspolitisch begrüßen, aber es kann keine Ultima Ratio sein“. Eine solche Lösung würde viele rechtliche

Schwierigkeiten aufwerfen und notwendige Investitionen behindern. Heitzer: „Die Chancen des Wettbewerbs sind groß und Stadtwerke sind ein wichtiges Mitglied dieses Wettbewerbs, wenn sie unabhängig sind.“

Massiver Druck

Aus Sicht eines kommunalen Stadtwerkes beurteilte Heike Kuntz, Vorstand der Stadtwerke Heidelberg, die regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen. Sie stellte fest, dass die Betriebsergebnisse zunehmend politisch beeinflusst und die Diskussionen um die Strom- und Gaspreise in erster Linie durch die großen vier Versorger bestimmt seien. Als kommunales Stadtwerk könnte man keine enormen Gewinne melden und leide als reines Verteilerstadtwerk unter den sinkenden Netzentgelten, sinkenden Vertriebsmargen und den hohen Großhandels- und Bezugskosten. Die zunehmende Konzentration bei Netzbetreibern und Lieferanten setze die kommunalen Stadtwerke weiter unter Druck.

Wettbewerb braucht Wettbewerber

Als Antwort auf diese vielfältigen Herausforderungen könnten sich kommunale Stadtwerke nicht weiter nur anpassen, sondern müssten reagieren und sich weiterentwickeln. Neben der Optimierung der Unternehmensstrukturen und der Geschäftsprozesse könne man auch die einzelnen Geschäftsfelder und Produkte verbessern. Da es der politische Wille sei, den Wettbewerb zu stärken, müsse die Politik auch die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Stärkung der kommunalen Versorger als wesentliches Element dezentraler Versorgung schaffen. „Nur so können wir ein Gegengewicht zu dem entstehenden Oligopol einiger weniger Groß-konzerne bilden. Wettbewerb braucht viele Wettbewerber“, betonte Kuntz abschließend. **DK**

LEW
Lechwerke

Eine Idee von LEW: Der Hauswärme-Check

Preiswert heizen und entspannt bleiben:
mit dem Online-Heizkostenvergleich.

Ganz einfach im Internet!

Wir helfen Ihnen, mit speziellen Produkten und Dienstleistungen Energie zu sparen und dadurch Ihre Kosten zu senken. So ermittelt Ihnen der Online-Heizkostenvergleich ein optimales und effizientes Heizsystem für Ihr Gebäude. Weitere Infos erhalten Sie im Internet unter www.eine-idee-von-lew.de

RWE Group

Verpflichtender Gebäudeenergieausweis

Erste Anbieter reagieren mit Lockangeboten
Gründliche Information vorab empfehlenswert

Wie der Bundesrat jüngst beschlossen hat, werden für Wohngebäude bis Baujahr 1965 Energieausweise ab dem 1. Juli 2008 verpflichtend, für alle anderen Wohngebäude ab dem 1. Januar 2009. Der Gesetzgeber lässt, so der politische Kompromiss, sowohl den verbrauchs- als auch den bedarfsbasierten Energieausweis zu. Ersterer, den die Wohnungswirtschaft wünschte, lässt sich besonders günstig erstellen, weil er aus den bekannten Verbrauchsdaten der Heizkostenabrechnungen der letzten drei Jahre berechnet wird. Beim bedarfsbasierten Energieausweis, für den Mieter- und Verbraucherverbände plädierten, ist eine aufwändigere und deshalb teurere Begutachtung des Gebäudes vor Ort erforderlich.

Verbrauchsbasierter Energieausweise sind bei Gebäuden mit mehr als fünf Wohnungen und einem Bauantrag nach dem 1. November 1977 zulässig - zwei Drittel des deutschen Gebäudebestandes wurden vor 1978 erbaut. Bedarfsbasierter Energieausweise sind vorgeschrieben für Gebäude mit weniger als fünf Wohnungen, die mit einem Bauantrag vor dem 1. November 1977 errichtet und nicht mindestens auf das Anforderungsniveau der ersten Wärmeschutzverordnung (WSVO) von 1977 modernisiert wurden. Auch wer künftig Mittel aus staatlichen Förderprogrammen zur energetischen Sanierung seines Gebäudes bekommen möchte, muss einen Bedarfsausweis vorlegen.

Völlige Wahlfreiheit zwischen beiden Varianten hat der Gebäudeeigentümer in der Übergangsfrist bis 1. Oktober 2008. Unabhängig von Gebäudegröße und Baujahr kann bis Ende Sep-

tember 2008 für jedes Gebäude ein verbrauchsbasierter Energieausweis erstellt werden.

Online-Verbrauchsausweis

Ein Heizkostenableseunternehmen rät zur Zeit vor allem den Eigentümern von Gebäuden mit Baujahr vor 1977 und weniger als fünf Wohnungen, die ab Oktober 2008 den aufwändigeren Bedarfsausweis benötigen, diese Chance zu nutzen und bietet seinen Abrechnungskunden pro Gebäude den online erstellten Verbrauchsausweis für rund 29 Euro (Bestandskunden) bzw. 35 Euro, weil durch die jährlichen Heizkostenabrechnungen bereits die meisten erforderlichen Daten vorliegen. Für Nicht-Kunden werden fünf Euro mehr verlangt.

Bislang haben Branchenfachleute um die 100 Euro für ein einfaches Einfamilienhaus ohne Keller kalkuliert. Auch im Feldversuch der Deutschen Ener-

gieagentur (dena) zur Erstellung von Gebäudeenergieausweisen, auf dessen Erkenntnissen das Gesetz wesentlich aufbaut, kamen deutlich höhere Kosten zustande als im Moment manches Lockvogelangebot verspricht.

Bedenkliche Billangebote

Das Bedauerliche an diesen nicht Kosten deckenden Billangeboten ist nicht nur, dass die Absicht des Gesetzes, Transparenz über den tatsächlichen Energieverbrauch von Gebäuden für Besitzer und Mieter und Klarheit über mögliche Modernisierungsmaßnahmen zu schaffen, durchkreuzt wird. Die Gefahr ist auch, dass die Käufer am Ende ohne Gebäudeenergieausweis dastehen, weil in vielen Fällen diese günstigen Web-Angebote die Rahmenbedingungen ihres Gebäudes nicht abdecken.

Wer also beim lange verhandelten Thema Gebäudeenergieausweis rasch handeln will, sollte dennoch zuvor die gesetzlichen Vorgaben genau studieren. Die Deutsche Energieagentur bietet dafür eine gute Plattform (www.dena.de). Und Interessierte sollten die Ausstellerangebote sehr gründlich prüfen. Schließlich sind mittelfristige Einsparungen durch geeignete Modernisierungsmaßnahmen das eigentliche Ziel der Analyse der Gebäudeeffizienz. **□**

Ära der behördlichen Preisaufsicht zu Ende:

„Der Strommarkt wird ein ganz normaler Markt“

E.ON kündigt Rekordinvestitionen an / Auf dem Weg zum europäischen Strom-Binnenmarkt / In Bayern bleiben die Preise bis Jahresende stabil

Da Mitte des Jahres die behördliche Strompreisaufsicht zu Ende gegangen ist, wird sich nach Ansicht der E.ON Energie AG in München der Strommarkt zu einem vollkommen normalen Markt entwickeln. Damit gehe eine Ära zu Ende, stellt die Energie-Tochter des Düsseldorfer E.ON-Konzerns fest, die für die Energie-Versorgung der E.ON-Gebiete in Zentraleuropa zuständig ist. Der Strompreis, so E.ON-Energie-Chef Klaus-Dieter Maubach vor der Presse, werde sich künftig nicht mehr allein an den Kosten für Erzeugung, Transport und Vertrieb orientieren, sondern daneben sehr stark am Markt- und Wettbewerbsumfeld.

Er kündigte stabile Strompreise bis Ende des dritten Quartals dieses Jahres, in Bayern auf Grund einer Abmachung mit der Staatsregierung sogar bis Jahresende 2007 an. Was dann komme, sei noch völlig offen - je nach Marktlage. Mit den Strompreisen werde es sich verhalten wie mit den Preisen für Kaffee, Bier oder Heizöl. Angebot und Nachfrage bestimmten den Preis. Zum Jahresbeginn 2008 könnte es also zu Strompreiserhöhungen in Bayern kommen. Die Gaspreise, die in letzter Zeit mehrfach gesenkt wurden, dürften vorerst stabil bleiben, obwohl sich eine Tendenz zu Preiserhöhungen auf dem Beschaffungsmarkt zeige.

Umfangreiches Investitionsprogramm

E.ON reagiert auf die Entwicklung mit dem größten Investitionsprogramm in der Konzern-Geschichte. Von den bis 2010 vorgesehenen 60 Milliarden Euro wird ein gutes Drittel auf E.ON Energie entfallen. Davon wiederum werden 12 Milliarden Euro der Stromerzeugung dienen, der Rest dem Ausbau der Stromnetze, wobei man über einen nordwesteuropäischen Strommarkt einen Schritt in Richtung europäischer Strom-Binnenmarkt macht. Hintergrund der Investitions-Entscheidungen sei das Bemühen, die Energieversorgung möglichst preiswürdig, umweltverträglich und sicher zu gestalten.

Energiemix

Bei der Stromerzeugung setzt E.ON auf einen Energiemix, in dem Kohle und Gas ebenso ihren Platz haben wie Kernenergie und Erneuerbare Energien. Dazu werden zahlreiche neue Kraftwerke gebaut. Mit Gas betrieben werden zwei neue Anlagen im oberbayerischen Irsching bei Ingolstadt. Mit Block 4 entsteht in Zusammenarbeit mit Siemens die leistungsstärkste Gasturbine der Welt. Laut Maubach setzt Block 4 neue Maßstäbe bei Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Block 5 wird zusammen mit der N-ERGIE AG aus Nürnberg und der Mainova AG errichtet. Ein hochmodernes Gaskraftwerk entsteht im italienischen Livorno Ferraris, je eine Anlage ist geplant im ungarischen Gönyü und im slowakischen Malzenice.

Notwendige Steinkohle

Auch auf Steinkohle wird E.ON nicht verzichten, denn zum einen reichen die Welt-Vorräte noch für mehr als 150 Jahre, zum anderen hat der Wirkungsgrad von Steinkohlekraftwerken, der Ende der 60er Jahre erst bei 30 Prozent lag, inzwischen erstmals 46 Prozent erreicht. Er dürfte schon bald auf über 50 Prozent gesteigert werden können, wie Versuche in der Demonstrationsanlage Comtes 700 in Gelsenkirchen zeigen, wo

watt-Kohleanlagen in Datteln (NRW), in Großkrotzenburg bei Hanau (Hessen) und in Rotterdam.

Unterschnittene Grenzwerte

Die neuen Kohlekraftwerke sind viel umweltfreundlicher als die alten. So wird der Kraftwerksblock Großkrotzenburg im Vergleich zu den vom Netz gehenden Altanlagen jährlich mehr als 1,2 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausstoßen. „Das entspricht“, so Maubach, „dem jährlichen Ausstoß von mehr als

700.000 deutschen Mittelklassewagen bei einer durchschnittlichen Fahrleistung.“ E.ON gehe weiter, als der Gesetzgeber fordere. Die ohnehin strengen Grenzwerte würden durch neue Staubfilter, leistungsfähigere Wäscher für Schwefeldioxid und zusätzliche Katalysatoren zur Stickoxidverminderung unterschritten. Weil an Steinkohle auch in Zukunft kein Weg vorbeiführe, tue E.ON alles, um den Einsatz von Steinkohle umweltverträglich zu gestalten.

Im Rahmen der EU-Technologie-Plattform ZEP hofft das Unternehmen, bis 2015 ein leistungsfähiges, nahezu CO₂-freies Demonstrationskraftwerk in Betrieb nehmen zu können. Setzt man die CO₂-Emissionen von E.ON im Jahr 1990 gleich 100, dann war Ende 2005 ein Wert von 69,9 erreicht. Nach den Kyoto-Vorgaben hätte bis Ende 2012 „nur“ ein Wert von 79 erreicht sein müssen.

Im Rahmen der konzernweiten Technologie-Initiative innovative.on beteiligt sich E.ON an Forschungsprojekten zur CO₂-Abtrennung und -Speicherung. Zur Abtrennung wird im nächsten Jahr im Kraftwerk Maasvlakte in Rotterdam eine Pilotanlage errichtet. Die erste Testanlage zur Speicherung von CO₂ im Binnenland wurde in diesen Tagen im brandenburgischen Ketzin in Betrieb gekommen. Diese Maßnahmen ergänzen entsprechende E.ON-Aktivitäten im schwedischen Karlshamn.

Kernenergie neu bewerten

Zum Energiemix gehört nach E.ON-Ansicht auch die Kernenergie. Sie müsse politisch neu bewertet werden, weil sich die Energiewelt seit dem Jahr 2000 dramatisch verändert habe, sagte Maubach. Die Energiepreise seien explodiert, die Gefahren des Klimawandels viel deutlicher

geworden. Deshalb gebe es weltweit eine Kernenergie-Renaissance. Auch E.ON verfolge mögliche Projekte, so in Finnland, England, Rumänien und Bulgarien.

CO₂-freie Stromerzeugung ist derzeit laut Maubach außer mit Kernenergie nur mit Erneuerbaren Energien möglich, wobei die Offshore-Windenergie die größten Potenziale biete. Entsprechende Anlagen werden seit Dezember an Land getestet. Der erste deutsche Offshore-Windpark alpha ventus, 45 km vor Borkum in der Nordsee gelegen, geht jetzt in die konkrete Realisierungsphase. Dort sollen erstmals Anlagen der 5-MW-Klasse betrieben werden. Im Spätsommer 2008 werden die ersten sechs Anlagen ans Netz gehen, bis zum Sommer 2009 sollen es insgesamt zwölf Anlagen mit einer Gesamtleistung von 60 MW sein.

(Fortsetzung auf Seite 10)

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – mach' das mal nach!“



Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem EnergieSpar-Paket von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller EnergieSpar-Check
- EnergieSpar-Tipps, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche Checklisten zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit
faire Preise

e-on | Bayern

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

Grüne Energie für Dillingen

Ansprechpartner bei Erdgas Schwaben helfen weiter

Dillingen ist in Sachen Klimaschutz Spitze: Während man beim G8-Gipfel noch über die weltweite Reduzierung von Kohlendioxid diskutiert, laufen in der Donaustadt die Vorbereitungen für das umweltschonende Fernwärmeprojekt bereits schon auf Hochtouren. Noch in diesem Jahr kann Erdgas Schwaben große Teile Dillingens mit Bio-Wärme versorgen. „Und die hat den unschlagbaren Vorteil, dass sie absolut CO₂-neutral ist“, weiß Gerd Fritzsche.

Der Energieberater von Erdgas Schwaben ist von dem neuen Projekt begeistert: „Neben dem Klimaschutz bringt es noch eine Vielzahl weiterer positiver Aspekte mit sich“. So sinke durch den Einsatz einheimischer, nachwachsender Rohstoffe die Abhängigkeit vom Import. „Und wir stärken die In-

frastruktur in der Region, sichern und schaffen Arbeitsplätze“.

Jede Menge Vorteile

Für alle Fragen rund um den Einsatz dieser umweltschonenden Alternativen ist Gerd Fritzsche ab sofort als Ansprechpartner bei Erdgas Schwaben erreichbar. Telefon: 0174 3282228, Montag bis Freitag.

Die technische Seite des Fernwärmeprojektes betreut bei Erdgas Schwaben Rohrnetzmeister Aribert Blanz. Blanz, der unlängst sein 30jähriges Betriebsjubiläum bei dem Energieunternehmen feierte, freut sich über die neue Herausforderung.

„Fernwärme bringt vor allem den Hausbesitzern viele Vorteile“. Alle Fragen rund um die Bauabwicklung und die Arbeiten am Fernwärmenetz beantwortet Aribert Blanz unter Telefon 0160 97287730 jeweils von Montag bis Freitag. □

Bamberger Agenda 21-Fachforum:

Energie & Klimaschutz

Projektideen auf den Weg gebracht

Welchen Beitrag die Stadt Bamberg und ihre Bürger zur aktuellen Klimaschutzdebatte leisten können, darüber informierte das Agenda 21-Fachforum „Energie & Klimaschutz“. Von insgesamt zwölf Projektideen, die zwischen Oktober 2006 und April 2007 in sechs Arbeitssitzungen entwickelt wurden, sollen nunmehr fünf Vorschläge sofort auf den Weg gebracht werden.

Auf dem Weg zu einem eigenen Leitbild „Energie und Klimaschutz“ ist man einen großen Schritt weiter gekommen. Bamberg soll zur Vorzeigestadt für die energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude werden, sich durch geringen Energieverbrauch und einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien auszeichnen sowie sich als Fußgänger-, Radfahrer- und ÖPNV-Stadt präsentieren.

Zu den in Gang gebrachten Projektideen zählt die mehrstündige kostenlose Energieberatung des Vereins der Energieberater Oberfranken, der dieses Angebot ergänzend zu den bereits vorhandenen Beratungen einmal pro Woche im Rathaus durchführen wird. Diese Orientierungshilfe für Gebäudeeigentümer soll eine Kampagne zur Sanierung nach sich ziehen. Vorteil: Zielgerichtet werden weitere Planungsschritte und Sanierungsmaßnahmen vorbereitet. Stadtrat und Projektverantwortliche erwarten sich durch diese Initiative einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz. Schließlich trägt die energetische Gebäudesanierung bei vergleichsweise niedrigen Kosten wesentlich zur Energieeinsparung bei.

Ebenfalls das Ziel der Energieeinsparung verfolgt das Projekt „Orientierungsleitfaden“. Aus der Zusammenarbeit von Vertretern des Denkmalschutzes, Architekten und Energieberatern soll ein umfassendes Konzept zur energetischen Sanierung denkmalgeschützter Gebäude vorbereitet und allen Bauwilligen als Entscheidungshilfe dienen.

Grundsätzliches Ziel ist die

frühzeitige Sensibilisierung schon beim ersten Kontakt mit der städtischen Baubehörde. In die Projektentwicklung einbezogen werden soll das Dokumentationszentrum Welterbe. Dort laufen ebenfalls Überlegungen, Energie und Denkmalpflege - auch in Kooperation mit Universität und lokalem Handwerk - besser zu vereinen. Damit sollen neue Technologien entwickelt werden, um Wärmedämmung und Einsatz erneuerbarer Energien denkmalverträglich zu gestalten.

Um den Erfolg der Reduktionsbemühungen zu dokumentieren, wurde die Aktualisierung der CO₂-Bilanz für die Stadt Bamberg beschlossen. Der Stadtrat hat sich mit der Mitgliedschaft im Klimabündnis der Europäischen Städte zur Halbierung der CO₂-Emission von 1987 bis 2010 verpflichtet. Über die erneute Bilanzierung soll die Anteile der verschiedenen Verursacher - Industrie, Haushalte und Verkehr - und deren Veränderungen festgestellt werden.

Das Dientzenhofer-Gymnasium wiederum will seinen Status als „Umweltschule in Europa“ festigen. Daher stammt die Idee, im Sinne der (Bewusstseins-)bildung und Beratung für das Thema Energieverbrauch und Kohlendioxidemission zu sensibilisieren. Ein „Energiesparthermometer“ soll helfen, den Strom-, Wasser- und Heizungsverbrauch sowie die Wirksamkeit von Energiesparmaßnahmen aufzuzeigen. Die Kosten sind über Schulmittel und Sponsoren (Stadtwerke, Amt für Gebäudewirtschaft, Umweltamt, Privatunternehmen) gedeckt.

Ebenfalls als Motivationsanreiz dient der Vorschlag, einen „Innovationspreis für Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ auszusprechen. Abgesehen von der Namensgebung, die überdacht werden soll, wollen die Ideengeber damit Vereine, Firmen, Handwerk und andere Initiativen ansprechen. Der jeweilige Beitrag soll öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden.

Über die genannten Projekte hinaus wurden sieben weitere Ideen in die Beratung der Fraktionen sowie zur Diskussion am Runden Tisch „Energie & Klimaschutz“ verwiesen. Im Herbst 2007 sollen die Themen abschließend beraten werden. Bei diesen Maßnahmevorschlägen gibt es derzeit kein eindeutiges politisches Meinungsbild. Gleichwohl stecken hier die größten Einsparpotenziale, erfordern jedoch eine Anschubfinanzierung oder eine Änderung der Geschäftsziele voraussetzen.

Während die modellhafte energetische Sanierung der Erlörschule die wohl größten Einsparungschancen hat, bedarf es bei der Bildung eines „Energiesparfonds für kommunale Einrichtungen“ einer grundsätzlichen politischen Weichenstellung. Aus einem „Topf“ werden städtische Mittel für Energiesparmaßnahmen bereitgestellt. Die Hälfte der Einsparung fließt in den Fonds zurück, der sich so selbstständig erhält und den Stadthaushalt auf Dauer entlastet. Für derartige „In-tracting“-Modelle gibt es viele Beispiele in Städten und öffentlichen Einrichtungen. Einzige Hürde könnte die erforderliche Erstausstattung des Energiesparfonds in Höhe von 500.000 bzw. 250.000 Euro für das Haushaltsjahr 2008/2009 darstellen. Ungeachtet dessen stieß dieser Vorschlag auf großes Interesse. **DK**



Von links: Bernd Nicklaser, OB Hans-Jürgen Weigl, Georg Radlinger, Leiter Kommunalkundenmanagement Erdgas Schwaben, Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer Erdgas Schwaben Landrat Leo Schrell, Michael Gammel, Geschäftsführer Gammel Engineering, Cornelia Benesch, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Erdgas Schwaben. □

Der Strommarkt wird ...

(Fortsetzung von Seite 9)

Weitere große Windparks werden für die Nord- und Ostsee entwickelt. „Mit all diesen Projekten“, sagte Maubach, „leisten wir Pionierarbeit.“

Vielversprechende Potenziale sieht E.ON Energie auch beim Biogas. Bis Ende des Jahres werden die Regionalgesellschaften 14 Anlagen zur Stromerzeugung nutzen. Die größte ihrer Art mit einer Kapazität von 4,3 MW steht im mecklenburgischen Malchin. 2008 sollen weitere drei Anlagen hinzukommen. Der nächste Schritt wird sein, Biogas zu reinigen, so auf Erdgasqualität zu bringen und als Bioerdgas ins Erdgasnetz einzuspeisen. Das mache Biogas viel flexibler im Einsatz.

Optimierung kleiner Anlagen

Obwohl es bei der Donauregulierung auf EU-Druck und gegen einen Bundestagsbeschluss vermutlich zum Bau einer Staustufe kommen wird, wird E.ON dort kein Wasserkraftwerk bauen, weil die Fallhöhe des Wassers zu gering ist. Stattdessen werden kleine, bestehende Anlagen optimiert, wodurch noch Reserven von 10 bis 15 Prozent gegeben seien. Vier Anlagen sind bereits im Umbau. Investitionen in Solarenergie sind in Deutschland nicht vorgesehen, weil die so gewonnene Energie nicht konkurrenzfähig sei.

Neben der Stromerzeugung ist der zweite Investitionsschwerpunkt der Ausbau der Stromnetze, wofür bis 2010 rund 2,5 Milliarden Euro aufgewendet werden. Geplant sind neue Transportleitungen zur Beseitigung von Engpässen, vor allem in Norddeutschland. Die Gesellschaft E.ON Netz treibt die Planungen für knapp 500 km Höchstspannungsleitungen voran, auch um die Erneuerbaren

Energien, vor allem von den Offshore-Windparks, erfassen zu können. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau der grenzüberschreitenden Kuppelstellen, um Europa weiter miteinander zu vernetzen. Bis Herbst werden die Kapazitäten an den Grenzen zu Dänemark, Tschechien und den Niederlanden um insgesamt 1000 MW erweitert. „Damit schaffen wir die Basis für eine stärkere Kooperation der europäischen Netzbetreiber. Von 2009 an wollen die Übertragungsnetzbetreiber aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten länderübergreifend ihren Netzbetrieb koordinieren“, erläuterte Maubach.

Sinnvolle Initiative

Der intensive, grenzüberschreitende Stromtausch werde den Wettbewerb weiter vorantreiben. Die Kooperation der Netzbetreiber sei ein großer Schritt in Richtung eines einheitlichen nordwesteuropäischen Regionalmarktes - und damit zugleich ein wichtiger Zwischenschritt zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes für Strom. Solche Initiativen brächten mehr Wettbewerb als der Vorschlag, die Netze in irgendeiner Form zu enteignen, was ohnehin ein unzulässiger Eingriff in das Eigentum von Unternehmen sei. Auch gehe es um die langfristige Zuverlässigkeit des Netzbetriebes. Ob Finanzinvestoren das Know-how und die Bereitschaft für solche Investitionen mitbrächten, dürfe bezweifelt werden.

Maubach und seine Vorstandskollegen wiesen noch einmal drauf hin, dass für die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Netze eine ausreichende Rentabilität gegeben sein müsse. Die erste Runde der Netzentgeltgenehmigungen habe empfindliche

Erlöse einbußen beschert. Die Bundesnetzagentur hatte für 2006 und 2007 E.ON die Netzentgelte um durchschnittlich 13 Prozent und damit um mehr als 600 Millionen Euro gekürzt. Maubach: „Diese Kürzungen haben wir umgehend an unsere Kunden weitergegeben.“ Eine Faustregel besagt, dass eine Netzentgelt-Änderung um 10 Prozent - nach oben oder unten - die Preise für den Haushaltsstrom um 3 Prozent - entsprechend nach oben oder unten - verändert.

Für die zweite Genehmigungsrunde im Jahr 2008 bereiten die Stromkonzerne jetzt die Anträge vor. Die beantragten Kosten werden ein höheres Niveau als beim ersten Mal haben, da viele nicht zu beeinflussende Kosten wie Wartung, Instandhaltung, Strombeschaffung, Personalkosten gestiegen seien und aus juristischen Gründen zur Wahrung der Ansprüche nach einer etwaigen höchstgerichtlichen Entscheidung auch jene Kosten eingerechnet würden, die beim ersten Mal nicht anerkannt worden seien. Dieser Runde komme auch besondere Bedeutung zu, weil sie die Basis der 2009 startenden Anreizregulierung bildet.

Ausgiebig befasste sich Maubach mit dem Zuteilungsgesetz für Emissionsrechte. E.ON müsse 40 bis 45 Prozent seines Emissionsrechtebedarfs zukaufen, weil die zugeteilte Gesamtmenge mit 453 Millionen Tonnen CO₂ sehr knapp bemessen sei. E.ON habe einen Bedarf von 50 bis 55 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr. Von der gegebenen Unterdeckung könne nur ein Teil durch technische Effizienzsteigerung kompensiert werden, sagte er.

17 Prozent mehr Umsatz

E.ON Energie hat 2006 den Stromabsatz um 4 Prozent auf 268,2 Milliarden kWh und den Gasabsatz um 14 Prozent auf 128,5 Milliarden kWh gesteigert. Der Umsatz (ohne Energiesteuer) stieg um 17 Prozent auf 27,26 Milliarden Euro. Als Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) werden 4,168 Milliarden Euro ausgewiesen. Doch ist bei dem Gewinnausweis zu bedenken, dass in einem Konzern viele Gewinn-Gestaltungsmöglichkeiten bestehen, zumal dann, wenn es Gewinnabführungsverträge gibt. Beschäftigt wurden 43.546 (44.476) Mitarbeiter.

Um seine Aufstellung im Markt zu optimieren, wird E.ON bei den Regionalversorgern übergreifende Aufgaben in gemeinsamen Gesellschaften bündeln. Doch soll die Struktur der Regionalversorger im Kern erhalten bleiben. Sie bleiben auch in Zukunft „fest in der Region verankert und für den Verkauf von Strom und Gas an die Kunden verantwortlich“, versicherte Maubach. **dhg.**



Bio-Wärme und Bio-Strom

nachwachsende Energie aus unserer Heimat

- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
- sichert Arbeitsplätze in der Region
- rund um die Uhr verfügbar

erdgas schwaben gmbh

Bayerstraße 43

86199 Augsburg

Telefon 0821 9002-0

www.erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Bayerngas GmbH dehnt ihre Aktivitäten aus

Regional nach NRW und operativ in die Gasförderung

Die Bayerngas GmbH, eine kommunale Beschaffungsplattform für Erdgas, weitet ihre Aktivitäten gleich in zwei Richtungen aus. Zum einen regional nach Nordrhein-Westfalen, wo mit der Deutschen Essent GmbH in Düsseldorf die novogate GmbH gegründet wurde, und zum anderen nach Norwegen, wo sich das Unternehmen über die Bayerngas Norge AS in Oslo an der Offshore-Förderung von Erdgas beteiligt hat. Ziel ist nicht nur die Ausweitung der herkömmlichen Geschäftsfelder, sondern auch, sich an der Erdgasbeschaffung über alle Wertschöpfungsstufen zu beteiligen und letztlich 15 Prozent des eigenen Gasbedarfs mit eigenen Quellen aus fünf Gasfeldbeteiligungen abzudecken. Für „upstream“-Investitionen stehen 300 Millionen Euro bereit. Pläne sehen eine 50-prozentige Erhöhung vor.

Bayerngas ist damit eines der wenigen deutschen Unternehmen, die im Fördergeschäft aktiv sind. Bayerngas-Chef Ulrich Mössner sprach denn hinsichtlich dieser beiden Expansionschritte von Meilensteinen. Diese Schritte habe nicht nur der zunehmende Wettbewerb erfordert, sondern sie seien auch durch die anstehende Regulierung nötig geworden.

Beratungsangebote

Die Deutsche Essent ist Tochter eines holländischen Konzerns, der einen Großteil der niederländischen Kommunen an sich gebunden hat. Im Vordergrund der novogate stehen die originären Bayerngas-Ziele, nämlich Bündelung der Erdgas-Nachfrage und die strategische und operative Unterstützung von Stadtwerken bei der Bezugsoptimierung. Die neue Gesellschaft, an der beide Seiten je zur Hälfte beteiligt sind, beliefert bereits fünf Stadtwerke in NRW. Ihre Beratungsangebote würden stark nachgefragt, sagte Mössner. novogate sei auch für andere Interessenten offen.

Beteiligung an Förderfeldern

In Norwegen hat sich Bayerngas über die 100-prozentige Tochter Norge AS im sogenannten upstream-Bereich an zwei Förderfeldern in der Nordsee beteiligt, und zwar mit 30 Prozent am Gasfeld Sigrid, das im März 2007 fündig wurde und Bayerngas vermutete Reserven bietet von 0,7 Milliarden Kubikmeter Gas und 0,2 Millionen Kubikmeter Kondensat, was vorwiegend Erdöl ist. Der Gasfund Vega South vom August 2006, an dem Bayerngas zu einem Viertel beteiligt ist, hat vermutete Reserven von 1,6 Milliarden Kubikmeter Gas und 0,6 Millionen Kubikmeter Öl. Beide Felder sollen etwa 2010 die Produktion aufnehmen. Die Stadtwerke München werden sich an der Norge AS beteiligen. Darüber hinaus gibt es ausländische Interessenten.

Beitrag zur Preisstabilität

Diese beiden Felder bedeuten für Bayerngas den Beginn des direkten Zugangs zu Gasquellen in einem Gebiet, „dessen Reserven noch lange nicht ausgeschöpft sind“. Das Engagement sei ein Beitrag zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität und schaffe Möglichkeiten für eine eigene Preispolitik. 2,5 Prozent des eigenen Gasbedarfs werden durch diese beiden Funde gedeckt.

Nach Mössners Darstellung wird der Erdgas-Beschaffungsmarkt zunehmend komplexer, vor allem auch für die Stadtwerke und Regionalgesellschaften. Hatte man bisher einen oder maximal zwei Lieferverträge, habe sich der Markt geändert und auch beschleunigt. Zunehmend würden Kurzfristprodukte neben der Grundbelieferung zur Optimierung eingesetzt. Bayerngas fange für seine Kunden die Komplexität auf im Rahmen ei-

nes professionellen Portfolio-Managements. Das Unternehmen beziehe von mehr als zehn Lieferanten unterschiedliche Mengen mit unterschiedlichen Laufzeiten aus unterschiedlichen Quellen, und zwar von Produzenten, Importeuren, über Trading (Handel) und auch über Gas-Auktionen. Dies biete eine ausgewogene Kombination aus Versorgungssicherheit und Wahrung von Marktchancen.

Verteilte Risiken

Heutzutage würde die Ware Gas und Leistungen wie etwa Transport, Vermarktung und die Übernahme von Risiken „separat bepreist“, sagte Mössner. Den Kunden nehme die Portfolio-Politik diese Arbeiten ab und biete ihnen so zusätzliche Chancen. „Durch die Beschaffungsplattform lassen sich einzelne Risiken auf mehrere Schultern verteilen oder ausgleichen“, erläuterte der Bayerngas-Chef die Vorteile. Ein Drittel der Portfoliokapazitäten soll der flexiblen Nutzung von Marktchancen dienen, zwei Drittel sind zur Wahrung der Versorgungs- und Preis-sicherheit vorgesehen, was mittel- und langfristig zu sehen sei.

Neue Aufgaben

Die Liberalisierung des europäischen Beschaffungsmarktes bietet Unternehmen wie Bayerngas nicht nur neue Chancen, sondern stellt sie auch vor neue Aufgaben. Je internationaler und multinationaler das Erdgasgeschäft wird, desto mehr wird Deutschland auf Grund seiner geografischen Lage zum Drehkreuz. Weil das auch die Bayerngas mit ihren etwa 1.300 km langen Hochdruckleitungsnetz nicht unberührt lässt und das Unternehmen die Anbindung an die internationalen Transitrouten braucht, hat man die Netzgesellschaft bayernets gegründet. Damit sind zugleich die EU-Vorgaben zum legal unbundling (Trennung von Vertrieb und Netz) umgesetzt. Bayerngas gewährleistet dadurch den diskriminierungs-freien Netzzugang zu seinem Hochdruckleistungsnetz.

Fusionen möglich

Das Unternehmen ist zugleich „marktgebietsaufspannender“ Netzbetreiber für das Marktgebiet Südbayern. Zurzeit gibt es in Deutschland noch 14 Marktgebiete. Die Bundesnetzagentur hat aber das Ziel, ihre Zahl auf unter zehn zu reduzieren. Das könnte auch in Süddeutschland zu Kooperationen oder gar Fusionen führen. Doch wollte Mössner keine Namen nennen und auch nicht den Verdacht bestätigen, es könnte sich bei einem möglichen Partner um die Gasversorgung Schwaben (GVS) handeln.

Virtuelle Handelspunkte

Künftig wird der virtuelle Handelspunkt eines jeden Marktgebietes zum Lieferpunkt. Diese virtuellen Handelspunkte werden wie kleine Börsen

arbeiten. „Dadurch“, so Mössner, „werden die Beschaffungsmöglichkeiten vielfältiger. Die Preisvolatilitäten können zunehmen und die Liefergeschäfte werden kurzfristiger.“

Bei der Verfolgung seiner Ziele und den sich abzeichnenden Entwicklungen möchte Bayerngas seine Speicherkapazitäten ausbauen, zumal die EU darauf drängt, dass das Unternehmen einen Teil seiner Kapazitäten zur Verfügung stellen muss. Deshalb soll der Speicher Wolfersberg von 320 auf 365 Millionen Kubikmeter ausgebaut werden. Außerdem werden in den ausgeförderten Gasfeldern in Bayern weitere Speichermöglichkeiten gesucht.

Perspektive LNG

Zu den Zukunftsperspektiven gehört auch, dass verflüssigtes Erdgas (LNG) für Bayerngas an Bedeutung gewinnt. Um die Möglichkeiten nutzen zu können, sucht das Unternehmen, sobald zwei bis drei günstige Verträge abgeschlossen sind, Terminals zur Anlandung, denn LNG kommt per Tankschiff aus den Förderländern. Die wichtigsten Exportländer sind Indonesien, Qatar, Algerien, Ägypten, Iran, Nigeria, Norwegen und Russland. Bioerdgas (gereinigtes Biogas) ist zwar auch interessant, weil es bis 2020 etwa 10 Prozent des Gasbedarfs decken soll, doch ist Bayerngas an keinem Objekt beteiligt, „weil die direkten Kunden näher dran sind als wir.“

Erdgas als Treibstoff

Allmählich wachsen auch die Chancen von Erdgas als Treibstoff für Autos. Bald wird es bundesweit 1000 Erdgas-Tankstellen geben. Außerdem werden die Autobahnen mit 100 Stationen bestückt.

Bayerngas sieht sich auf die Zukunft gut vorbereitet. Auch das Geschäftsjahr 2006 war „sehr zufriedenstellend“. Der Absatz ging zwar um 1,3 Pro-

zent auf 66,8 Mrd. kWh zurück, vor allem wegen des warmen Winters. Auch gingen zunächst vier Weiterverteiler-Kunden verloren, doch die konnten inzwischen alle zurückgewonnen werden. Der Gasverkauf ging zu 49,1 Prozent an Stadtwerke und Gesellschafterkunden, zu 36,6 Prozent an regionale Kunden, zu 11,9 Prozent an die Industrie und zu 2,4 Prozent in den Export an den regionalen Gesellschafterkunden TIGAS - Erdgas Tirol GmbH. Am härtesten tobt laut Mössner der Wettbewerb im Bereich der regionalen Kunden.

Gaspreise steigen

Preisbedingt stieg dennoch der Umsatz um 17 Prozent auf 1,91 Milliarden Euro. Der Jahrestüberschuss nahm auf 33,3 (23,3) Millionen Euro zu. Obwohl eine höhere Dividende möglich gewesen wäre, blieb es bei 18 Prozent, um über die Rücklagendotierung Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Zurzeit zeigen die Gaspreise einen steigenden Trend.

Anreizregulierung

Doch zunächst bereitet die Zukunft Sorgen - wegen der bevorstehenden Anreizregulierung, die nach den Plänen der Bundesregierung eine Orientierung der Effizienzvorgaben an den besten Unternehmen vorsieht. In dem „sehr komplizierten Verfahren, „dessen Vorgaben kaum zu erfüllen sind“, sieht Mössner eine Benachteiligung der Mittelständler und vor allem ein Investitionshindernis ersten Ranges.

„Wer investiert, kann die Effizienzziele nicht erreichen, wer über alte, abgeschriebene Anlagen verfügt, ist der Beste, an dem sich die anderen orientieren sollen“, kritisiert der Bayernchef. Er fordert u.a. eine Orientierung am oberen Drittel. Investitionen werden verschoben, so der Bau eines Verdichters in Burghausen. „Die Mängel der Anreizregulierung wären leicht zu beheben, wenn man nicht so festgelegt wäre“, sagte er.

Die Hoffnungen richten sich nun auf dem Bundesrat, der das Gesetz noch stoppen könnte. Einige Länder, so NRW, deuteten Entgegenkommen an, bei Bayern sei man sich aber noch nicht sicher, so Mössner.

dhg.



Die Schüler des Josef-Effner-Gymnasiums bei der Vernissage mit Rolf Echelmeyer, Hauptabteilungsleiter Netzbetrieb/Technik (3. v. l.), Georg Maatsch, ESB (6. v. l.), Kunstlehrerin Karin Kottmeir (7. v. l.) und Helga Keferloher, ESB (8. v. l.).

Schüler-Vernissage bei der Erdgas Südbayern

Zwölf Bilder der Schüler des Josef-Effner-Gymnasiums in Dachau schmücken die Münchner Zentrale der ESB. Nach dem Motto „Menschen im Büro“ ließen die Schüler aus dem Leistungskurs Kunst ihrer Fantasie freien Lauf und waren im Auftrag der ESB kreativ.

Nun lud die ESB die Schüler ein, den Ausstellungsort ihrer Bilder zu besichtigen. „Schließlich möchte jeder Künstler wissen, was aus seinen Werken geworden ist“, kommentierte Rolf Echelmeyer, Leiter der Hauptabteilung Netzbetrieb/Technik. Die Begeisterung der Schüler war dementsprechend groß als sie ihren Kunstwerken in einer edlen Präsentation wieder begegneten.

Bei der Suche nach geeigneten Bildern für ihre Räume stieß die

ESB auf den Leistungskurs Kunst des Josef-Effner-Gymnasiums. In der 2-Farben-Drucktechnik fertigten die Schüler auf Styrodurplatten interessante Motive aus dem Arbeitsalltag an.

Die ESB nahm die Präsentation zum Anlass, die Leistung der Schüler mit einer Spende im Wert von 400 Euro zu honorieren. Kunstlehrerin Karin Kottmeir bedankte sich für den Scheck und erklärte, die Spende werde den Schülern für Materialausgaben zur Verfügung gestellt.

Kernkraftwerk Gundremmingen:

CASTOR-Beladungen erfolgreich beendet

Die diesjährige Beladung von Zwischenlagerbehältern (CASTORen) für verbrauchte Brennelemente hat das Kernkraftwerk Gundremmingen Mitte Juni erfolgreich beendet, so dass aktuell 13 Behälter im Standortzwischenlager stehen. 2007 wurden sechs CASTORen mit insgesamt 312 verbrauchten Brennelementen aus Block C der Kraftwerksanlage beladen. Die ersten drei wurden Mitte Januar bis Anfang Februar beladen und ins Standortzwischenlager transportiert. Weitere drei Behälter folgten Ende Mai bis Mitte Juni, darunter auch der CASTOR, bei dem sich im vergangenen Herbst beim Verschließen der Deckel verkantet hatte. Dieser Behälter war in den letzten Monaten einer gutachterlichen Prüfung unterzogen und anschließend von der Aufsichtsbehörde für eine neuerliche Beladung freigegeben worden. Die nächsten CASTOR-Beladungen sind für 2008 vorgesehen.

Partnerschaft mit Zukunftsperspektive

ESB-Wärme – Service für Kommunen



Ergomar Erlebnisbad in Ergolding – für Wärme und Strom sorgt ein Blockheizkraftwerk

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und Einrichtungen

Wir verstehen uns als regionaler Partner für konventionelle als auch innovative Wärme-Konzepte. Im Vordergrund stehen dabei Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt. Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite.

Mit dem ESB-WärmeService haben Sie folgende Vorteile:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Wärmeversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten



Wir schicken Ihnen gerne unsere Referenzbrochure oder vereinbaren Sie gleich einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

Guter Wind weht auch im Freistaat!

CSU-Landtagsspitze sieht zusätzliche Ausbaupotenziale für die Windkraft

Der Klimawandel hat - auch in Bayern - heiße Debatten darüber ausgelöst, wie wir unsere Energieversorgung zukunftssicher gestalten können. Denn längst sind noch nicht alle Ressourcen ausgeschöpft, um mit „neuen“ Energien klimafreundlich Strom zu erzeugen. Vertreter der CSU-Landtagsfraktion informierten sich deshalb beim BWE-Bayern über den Stand und die Potenziale der heimischen Windenergie-Nutzung.

„Die Windkraft kann in Bayern noch mehr zu einem ausgewogenen Energiemix beitragen.“ Davon zeigten sich der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, und der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz, Henning Kaul, nach dem Ortstermin im mittelfränkischen Neustadt a. d. Aisch

überzeugt. Auf Einladung des BWE-Bayern hatten sie dort im Juli ein modernes Windkraftwerk besichtigt.

Klare Botschaft

Höhepunkt war die Auffahrt in die 114 Meter hohe Anlage, die derzeit höchste im Freistaat. „Wir wollen“, erklärte BWE-

Landesvorsitzender Günter Beermann, „dass sich die Parlamentarier ein realistisches Bild von der Funktion und Ertragskraft einer solchen Hightech-Turbine machen“. Mit steigenden Nabenhöhen und verbesserten Rotoren könne heute nämlich ein Vielfaches an Windstrom gewonnen werden als noch vor einigen Jahren - und das mit weniger Anlagen, so der Energie-Experte.

Die Botschaft des BWE, „Guter Wind weht auch in Bayern!“, kam an: Herrmann und Kaul sprachen sich dafür aus, auch im Süden Deutschlands die Ausbaupotenziale für Windkraft zu nutzen. „Bayern ist zwar kein prä-

destinierter Standort im Vergleich zu Küstenländern. An einigen windgünstigen Standorten ist aber sicher noch ein weiterer Ausbau möglich“, lautete ihr Fazit. Gerade Franken und die Oberpfalz, ergänzte Beermann, könnten sogar mit einem sehr ertragsstarken Windpotenzial aufwarten, wie das Beispiel Neustadt an der Aisch belege.

Innovative Lösungen

„Neustadt an der Aisch gehört zu der immer größer werdenden Zahl von Kommunen, die verstärkt erneuerbare Energien nutzen wollen und dabei mit innovativen Lösungen neue Wege beschreiten“, bestätigte MdL Herrmann und fuhr fort: „Das große Interesse der Bürger an ‚ihrem‘ Windkraftprojekt und die große Zahl der Gesellschafter, die aus der unmittelbaren Umgebung von Neustadt kommen, zeigen den Weg auf, wie man sich für re-



Die Vorstandsmitglieder des BWE-Bayern, Günter Beermann und Joachim Keuerleber (v. l.), mit Joachim Herrmann und Henning Kaul aus der CSU-Landtagsfraktion in einer Windkraftanlage vom Typ Enercon E 70.

generative Energien einsetzen kann.“ Gerade die ländlichen Regionen, so weiß auch der BWE, würden von der Windkraft profitieren.

„Bayerische Landwirte, Bürgergemeinschaften und Mittelständler können auf diesem Weg sauberen Strom produzieren und dabei Geld verdienen“, erläuterte der Vorsitzende des BWE-Bayern. Eine moderne Windkraftanlage erbringe zudem rund 10.000 Euro Gewerbesteuer im Jahr. Die Direktinvestitionen für eine Anlage würden etwa drei Millionen Euro betragen. Dazu kämen Folgeaufträge für das ansässige Handwerk, Pachtzahlungen für die Nutzung der Standorte und natürlich Umsätze und Gewinne aus der Stromproduktion.

Wirtschaftskraft Windkraft

„Windkraft hat Wirtschaftskraft“, fasste Beermann die Argumente zusammen. Im flächenstärksten Bundesland würden bereits heute viele Hightech-Produkte für die Windkraftanlagen hergestellt und etwa 2.000 Arbeitsplätze gesichert. „Jetzt muss aber auch eine effiziente Nutzung dieser erneuerbaren Energiequelle in Bayern erfolgen“, appellierte der BWE an die Politik - und wurde dabei von den anwesenden Vertretern namhafter bayerischer Produktionsfirmen wie SKF Schweinfurt, IMO Gremsdorf und FAG/Schaeffler Schweinfurt unterstützt.

Christoph Markl-Meider



Hubschrauber-Messflüge im Raum Vilshofen erkunden den Untergrund.

LfU mit modernster Technik im Einsatz

Geologen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) in Augsburg heben ab: Vor kurzem haben die Hubschrauber-Messflüge im Raum Vilshofen begonnen. Spezialisten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gehen im Auftrag des LfU in die Luft. Mit den Flügen wird der Untergrund im niederbayerischen Vilshofen aus der Luft erkundet.

Zum Einsatz kommen physikalische Hightech-Verfahren wie Elektromagnetik und Radiometrie. Damit können aus der Luft Informationen über den Aufbau und die Schichtung des Untergrundes auf größeren Flächen gewonnen werden, ohne dass dafür extra gebohrt und im Labor analysiert werden muss. Die Untersuchungen ergänzen die bisherigen Arbeiten der Geowissenschaftler des LfU in diesem Gebiet. Der rotweiße Sikorsky-Hubschrauber der Bundesanstalt fliegt voraussichtlich bis Ende Juli vom Flugplatz Vilshofen aus die Region ab. Rund 60.000 Euro kostet die Aktion, die vom bayerischen Umweltministerium finanziert wird. Als Maßnahme zur Erkundung geowissenschaftlicher Grundlagen im sogenannten „Phasing-Out-Gebiet“ wird sie von der Europäischen Union kofinanziert. Das Gebiet um Vilshofen ist Teil des Projekts, in dem LfU-Fachleute die geologischen und hydrogeologischen Grundlagen erarbeiten. Eine Inventur mit vielen praktischen Nutzenanwendungen: sie gibt zum Beispiel Aufschluss über die regionalen Grundwasservorkommen, auch im Hinblick auf eine Nutzung für die oberflächennahe Geothermie. Der Raum Vilshofen ist für die Erkundung aus der Luft besonders interessant, weil die Geologie dort besonders vielfältig ist und sich die Untergrundverhältnisse auf engem Raum stark ändern.

Lechwerke AG:

Tiefengeothermie im Blickfeld

Tochtergesellschaft BEW prüft erste Kraftwerksprojekte

Die Lechwerke AG (LEW) steigt in das Erzeugungsgeschäft im Bereich der Tiefengeothermie ein. Über ihr Tochterunternehmen, Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), will LEW zukünftig Strom und Wärme in Geothermiekraftwerken produzieren, wie BEW-Geschäftsführer Dr. Olaf Heil bei einem Pressesgespräch in Augsburg mitteilte.

Die BEW hat in der Region um Buchloe die Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie erhalten und darf damit zu gewerblichen Zwecken Erdwärme suchen und zur Energiegewinnung nutzen. Eine Machbarkeitsstudie soll bis Ende 2007 vorliegen. Sie soll Auskunft über den optimalen Standort eines Kraftwerkes in dem 100 Quadratkilometer großen Erlaubnisgebiet geben.

Versorgungssicherheit

Wie Olaf Heil erläuterte, liegen die Vorteile geothermischer Strom- und Wärmeversorgung auf der Hand: Neben einer regenerativen, CO₂-freien Energieerzeugung und der Versorgungssicherheit gewährleiste sie Nachhaltigkeit: So hätten die Lagerstätten eine sehr hohe Lebensdauer von 100 bis 200 Jahren. Darüber hinaus zeichne sich die Geothermie durch Verfügbarkeit und Planbarkeit aus, auch leiste sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, wie Heil an folgendem Beispiel erläuterte: Addiere man die bereits bestehenden Projekte Unterschleißheim, Straubing und Simbach, so ergebe sich eine

jährliche Einsparung an CO₂ von insgesamt 34.000 Tonnen. Nicht zuletzt spiele auch der Faktor Preisstabilität gegenüber fossiler Primärenergie wie Öl und Gas eine wichtige Rolle.

„Wir sind von der Nutzung der Erdwärme überzeugt, weil wir in Bayerisch-Schwaben hervorragende geologische Bedingungen vorfinden, um solche Projekte wirtschaftlich zu realisieren. Dies gilt insbesondere für geothermische Anlagen, die gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen“, betonte Heil.

PKG-Geothermieprojekt

Neben Buchloe sind die Lechwerke am Geothermieprojekt der Peißenberger Kraftwerksgesellschaft mbH (PKG) beteiligt. Dort wird das Ergebnis der Machbarkeitsstudie Anfang September 2007 erwartet. Bei positivem Ergebnis könnte dort ein Kraftwerk mit 2 Megawatt elektrischer Leistung und einer zusätzlich produzierten Fernwärmemenge von 42.000 Megawatt Stunden pro Jahr entstehen. Die Investitionssumme für das Peißenberger Projekt beträgt etwa 34 Millionen Euro.

Die BEW strebt zudem die Beteiligung bei einem Erdwärmeprojekt in der Nähe von Kaufbeuren an. Weitere Erlaubnisgebiete zur Suche und Nutzung von Thermalwasser wurden von der BEW beim Wirtschaftsministerium beantragt.

Neues Geschäftsfeld

„Hydrothermale Stromerzeugung und Wärmeversorgung ist künftig ein neues Geschäftsfeld der BEW. Mit unserem Ingenieur-Know-how richten wir uns speziell an Kommunen und Unternehmen, die damit zuverlässig und klimafreundlich erzeugte Energie erhalten“, präzisierte Dr. Heil das BEW-Engagement. Bei der Geothermie werden Strom und Wärme durch heißes, aus großen Tiefen gefördertes Wasser gewonnen. Das Molassebecken in Südbayern, ein Gebiet zwischen Donau und den Alpen, bietet vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die Gewinnung von Erdwärme. Dort werden nach geologischen Forschungsergebnissen in einer Tiefe zwischen 3 und 4

Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft:

Energieeffizienz und Klimaschutz im Fokus

Der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) spricht sich für ambitionierten Klimaschutz und eine Steigerung der Energieeffizienz aus. Das setzt realistische Ziele voraus, bei denen die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Fokus geraten dürfen.

Mit Blick auf die von der Bundesregierung geforderte 3-prozentige Steigerung der Energieeffizienz pro Jahr und die Reduzierung der Treibhausgase um 40 % bis zum Jahr 2020, betont der VBEW, dass die Steigerung der Energieeffizienz und die effiziente Nutzung der Erneuerbaren Energie zentrale Anliegen der bayerischen Stromwirtschaft bleiben.

Bayern belegt bereits heute mit über 80 % CO₂-frei erzeugtem Strom einen Spitzenplatz. Durch die Stromerzeugung aus Kernenergie und Wasserkraft wurden im letzten Jahr alleine in Bayern 60 Mio. Tonnen Treibhausgase gegenüber der gleichen Strommenge aus Kohlekraftwerken eingespart. Entsprechend setzt sich der VBEW für eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und eine Sicherung der Erzeugung aus Wasserkraft ein. Erneuerbare Energiequellen können die Strommenge aus Kernenergie nicht ersetzen, auch nicht, wenn ambitionierte aber realistische Sparziele erreicht werden.

Nach Angabe des VBEW muss die Förderung der Erneuerbaren Energien zukünftig effizienter gestaltet werden. Solarstrom ist teuer und kann zur Deckung des Strombedarfs praktische keinen Beitrag leisten. Hingegen kann die klimafreundliche Biomasse auf längere Sicht 16 % des Stromverbrauchs decken, wie eine VBEW-Studie ergeben hat. Der Anteil der Biomasse an der Stromerzeugung wurde seit 2003 bereits um knapp 40 % gesteigert.

Mehr als eine halbe Milliarde Euro haben die bayerischen Energieunternehmen in den letzten fünf Jahren in innovative Kraftwerkstechnologien mit hohen Wirkungsgraden wie z.B. die Kraft-Wärme-Kopplung investiert. Beträchtliche Gelder fließen auch in die Entwicklung, etwa mit dem Ziel, die Effizienz von GuD-Turbinen um weitere 10 % zu steigern. Auch der laufende Neubau von fossilen Kraftwerken bringt eine weitere Steigerung der Energieeffizienz und Verbesserung des Klimaschutzes.

„Der Energiegipfel hat die ideologische Fokussierung des Effizienzthemas auf den Strom aufgegeben und auch die Bereiche mit kostengünstigeren und größeren Sparpotentialen wie Wärme, Gebäudedämmung und Verkehr offen ge-nannt“, hebt Dr. Christoph Präel, VBEW-Geschäftsführer als erfreuliches Ergebnis hervor. „Energieeffizienz hat nicht nur etwas mit Stromsparen zu tun.“

Kilometern im Erdinneren Thermalwasser-Temperaturen von etwa 130 Grad erwartet. Die Stromerzeugung geschieht ohne CO₂-Emission und wird nach dem Erneuerbaren Energie Gesetz (EEG) staatlich gefördert.

Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Augsburger Lechwerke AG.

Sie erzeugt jährlich rund 1 Milliarde kWh Strom aus regenerativer Wasserkraft. Die BEW betreibt dazu 34 Wasserkraftwerke an Donau, Iller, Günz, Lech und Wertach. Die Erzeugungsaktivitäten in der Wasserkraft werden um Geothermie, Biomasse und Biogas ergänzt. Zudem bietet BEW Dienstleistungen in den Bereichen Energie und Umwelt an.

Der Preis ist heiß

Das kann uns die Zukunft kosten



Und das kostet nicht die Welt

Heimische Ressourcen machen uns unabhängig von Energieimporten – sicher, günstig, klimafreundlich.

OSTWIND

OSTWIND-Gruppe
93047 Regensburg · Gesandtenstr. 3
Tel. 0941 55516 · Fax 0941 55526
info@ostwind.de · www.ostwind.de

Machbarkeitsstudie von N-ERGIE:

Ergebnisse zum Bau eines Biomasseheizkraftwerks

Mit heimischen nachwachsenden Rohstoffen mittelfristig die Eigenproduktion von Strom erhöhen

Am 6. Juli 2007 stellte N-ERGIE Vorstandsmitglied Dirk Fieml das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie in Nürnberg vor, die das regionale Energieversorgungsunternehmen im November 2006 in Auftrag gab, um den Bau und Betrieb eines Biomasseheizkraftwerks zu prüfen. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft will unter anderem mit heimischen, nachwachsenden Rohstoffen mittelfristig die Eigenproduktion von Strom erhöhen. Das Unternehmen gibt Biomassebrennstoffen den Vorzug, da diese in der CO₂-Bilanz als neutral gelten und beim Verbrennen nur das beim Erzeugen oder Nachwachsen aufgenommene CO₂ wieder abgeben.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein wirtschaftlicher Betrieb eines Biomassekraftwerkes generell nur über Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu erreichen ist. Bei einer KWK-Anlage wird durch die Verbrennung eines Brennstoffes (z. B. Holz-Hackschnitzel) sowohl Strom als auch Wärme produziert. Damit ergibt sich ein höherer Nutzungsgrad der Anlage. Auch werden alle untersuchten Anlagenvarianten unter den Voraussetzungen betrachtet, dass unter Energieeffizienzgründen ein Strom- und Wärmeabsatz mit einer hohen Auslastung gegeben, eine zuverlässige Technik verfügbar ist sowie eine effiziente Brennstofflogistik und eine ganzjährige Brennstoffversorgung gewährleistet sind.

Machbare Varianten an drei Standorten

In der Machbarkeitsstudie wurden an drei verschiedenen Standorten in Nürnberg technisch machbare Varianten untersucht. Als mögliche Standorte wurden das Hafengelände,

ein Gebiet an der Fuchsstraße und das Betriebsgelände Sandreuth der N-ERGIE in den Fokus genommen.

Standort Hafen:

1. Eine Biomasseanlage zur reinen Stromerzeugung (mit 5, 10 oder 14 MW elektr.) ohne Wärmeauskoppelung
2. Eine Biomasseanlage auf KWK-Basis mit Wärmeauskoppelung
3. Eine kleinere Anlage (0,9 MW elektr.) mit Wärmeauskoppelung und nachgeschalteter Produktionsanlage für Holzpellets als zusätzlichen Wärmeabnehmer (Tandemlösung).

Keine relevanten Wärmeabsatzpotentiale

Die Energiespezialisten zeigen auf, dass für eine Biomasseanlage mit Wärmeauskoppelung am Hafen derzeit und mittelfristig keine relevanten Wärmeabsatzpotentiale vorhanden sind. Eine kleinere Anlage mit nachgeschalteter Pelletierung ist wirtschaftlich auch nur dann eingeschränkt möglich, wenn eine jährliche Pelletproduktion von mindestens 30.000 Tonnen

kostendeckend abgesetzt werden kann.

Standort Fuchsstraße - Nähe Kläranlage:

Hier wurde zum einen ein Biomasseheizkraftwerk mit möglicher Wärmeauskoppelung (5 MW elektr. und 10 - 15 MW therm.) zur Klärschlamm-trocknung in der benachbarten Kläranlage untersucht. Diese Variante wurde nicht weiterverfolgt, da ein neues Trocknungskonzept für den Klärschlamm geplant ist und damit das Wärmeabsatzpotential entfällt. Eine alternative Variante war die kleine Lösung analog der im Hafen mit gleichem Untersuchungsergebnis.

Standort Betriebsgelände Sandreuth:

Am Standort Sandreuth wurde der reine Zubau einer Biomasseanlage zu den bestehenden Heizkraftwerksanlagen nicht weiter untersucht, da sich der Betrieb auf die bestehende neue GuD-Anlage negativ auswirkt.

Aufwändiges Konzept

Interessant am Standort Sandreuth erscheint aber ein wesentlich aufwändigeres technisches Konzept, das die Errichtung eines Biomassekessels und einer Dampfturbine im alten Kohlekraftwerksbereich vorsieht. Damit würde ein Teil der mit Erdgas erzeugten Wärme zukünftig durch Biomasse erzeugt werden. Die produzierte Wärme könnte in das Nürnberger Fern-

wärmenetz eingespeist werden. Die Zuverlässigkeit der ange-dachten Anlagentechnik konnte bereits bei mehreren ähnlichen Anlagen mit mehrjähriger Betriebserfahrung unter Beweis gestellt werden. Auch eine effiziente Brennstofflogistik sowie eine ganzjährige Brennstoffversorgung durch eine ausreichende Menge an Hackschnitzeln aus der Region scheint gesichert. Optional gibt es auch hier die Möglichkeit, eine Pelletierungsanlage zuzubauen. Die für den Produktionsprozess der Holzpellets erforderliche Wärmeabnahme würde sich speziell im Sommer positiv auf das gesamte Heizkraftwerk auswirken. Damit wäre eine kontinuierliche Wärmenutzung und eine gleichmäßigere Fahrweise für einen effizienteren Betrieb der Anlagen gegeben.

Positive CO₂-Bilanz

Mit der untersuchten Biomasseanlage in Sandreuth würden pro Jahr rund 37 Gigawattstunden Strom durch den Einsatz von Holzackschnitzeln CO₂-neutral produziert. Durch diese CO₂-neutrale Stromproduktion werden rund 22.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂), gemessen am bundesdeutschen Strommix, eingespart.

Vorhandene Infrastruktur nutzen

Der Standort Sandreuth bietet die Möglichkeit, die neue Technik in den Gebäudebereichen der ehemaligen Kohlekraftwerksanlagen unterzubringen. Weitere Synergien mit den vorhandenen Komponenten des Kraftwerks Sandreuth sollen genutzt werden. So könnten beispielsweise die alten Kohlesilos



Dirk Fieml, N-ERGIE Vorstandsmitglied und Norman Villnow, Geschäftsführer GeneraTec GmbH stellten die Machbarkeitsstudie zum Bau eines Biomasseheizkraftwerks vor. Foto: N-ERGIE

als Lagerkapazität sowohl für angelieferte Holzackschnitzel als auch für produzierte Pellets dienen. Der Betrieb der neuen Biomasseanlage würde über die zentrale Leitwarte der GuD-Anlage mit gesteuert und überwacht werden.

Detailkonzept wird erstellt

Die N-ERGIE hat jetzt ihr Tochterunternehmen TurboTec GmbH damit beauftragt, ein Detailkonzept für ein Biomasseheizkraftwerk am Standort Sandreuth zu erstellen und alle technischen und wirtschaftlichen Annahmen aus der im Mai 2007 fertig gestellten Machbarkeitsstudie zu verifizieren. Basis der neuen Detailstudie ist die Errichtung einer Biomasseanlage mit einer Hackschnitzverbrennung mit einem Investitionsvolumen von rund 18 Mio. Euro. Die Biomasseanlage mit einer Hackschnitzelverbrennung aus Waldrestholz hätte ei-

ne elektrische Leistung von etwa 5,5 Megawatt (MW) und eine thermische Leistung von ca. 15 MW. Pro Jahr würden rund 30.000 Tonnen Holzackschnitzel als Brennstoff benötigt.

Mögliche Pelletieranlage

Laut Studie ist dieser Brennstoff in und aus der Region rund um Nürnberg verfügbar. Die Realisierung des Biomasseheizkraftwerkes würde nach einer Investitionsentscheidung bei N-ERGIE einschließlich der Genehmigungsphase ungefähr 36 Monate beanspruchen. In einer zweiten Untersuchung wird die Möglichkeit zur Errichtung einer nachgeschalteten Pelletieranlage geprüft. Für eine Pelletieranlage müssten zusätzlich noch mal rund 6 Mio. Euro investiert und jährlich ca. 45.000 Tonnen Holzspäne für die Produktion beschafft werden.

Die Ergebnisse der beiden Detailkonzepte werden bis Ende 2007 erwartet. □

Online-Auskunft für Behörden unterstützt Service für Wirtschaft und Bürger millionenfach:

Verwaltungsprozesse jetzt einfacher und schneller

Behördeninformationssystem für alle kommunalen und staatlichen Behörden in Bayern erfolgreich gestartet

Der 1. Juli 2007 stellt für die kommunalen und staatlichen Stellen in Bayern einen Meilenstein im elektronischen Verwaltungshandeln, dem sogenannten eGovernment, dar. Zu diesem Zeitpunkt hat die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) das neue Behördeninformationssystem (BayBIS) gestartet. Damit können nun alle bayerischen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben Adressdaten von allen Bürgern in Bayern online, aktuell und rund um die Uhr abfragen. Selbstverständlich werden bei diesem System die Anforderungen des Datenschutzes in vollem Umfang gewahrt.

Grundlage für dieses Behördeninformationssystem sind die Verordnung zur Übermittlung von Meldedaten (MeldDV), die zu diesem Termin vollständig in Kraft getreten ist, sowie eine Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern - vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern und der AKDB. Diese Vereinbarung wurde unter ausdrücklicher Zustimmung des Bayerischen Städtetages und des Bayerischen Gemeindetages abgeschlossen.

Tagesaktuelle Auskünfte

Für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen viele Behörden und sonstige öffentliche Stellen die aktuellen Anschriften von Personen. Die herkömmliche Behördenauskunft mit einer schriftlichen Anfrage an die Meldebehörde ist zeit- und personalintensiv und folglich mit entsprechenden Kosten für die anfragenden Behörden und die Meldebehörden verbunden.

Das BayBIS ermöglicht, online über ein von der AKDB be-

triebenes bayernweites Behördenportal nun Melderegisterauskünfte aus den lokalen Melderegistern aller bayerischen Meldebehörden einzuholen. Datenbasis ist der im Service-Rechenzentrum der AKDB in Bayreuth vorgehaltene zentrale Einwohnermeldedatenbestand. Dieser Bestand ermöglicht tagesaktuelle Auskünfte, da die bayerischen Meldebehörden ihre Änderungsdaten täglich übermitteln.

Einmalige Registrierung

Wer darf das Behördeninformationssystem nutzen? Die MeldDV regelt, dass alle Behörden des Freistaates Bayern, alle bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften und sonstige der Aufsicht des Freistaates unterliegende öffentliche Stellen Auskünfte einholen können. Dabei stehen Art und Umfang des Datenabrufes im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Anforderungen. Für die Nutzung des BayBIS ist nur eine einmalige Registrierung bei der AKDB notwendig.

Das Behördeninformationssystem bietet insbesondere die folgenden Vorteile:

Klare Vorteile

- Flächendeckendes Informationssystem - über ein Portal können die Melderegister von allen bayerischen Meldebehörden abgefragt werden
- Zeitliche Ungebundenheit bei der Einholung der Auskünfte
- Schnelle, zeitnahe Verfügbarkeit der Auskunft
- Hohe Verfügbarkeit des Systems
- Die Meldebehörden werden von den zahlreichen Behördenauskünften im Wege der Amtshilfe entlastet, für die sie keine Gebühren berechnen dürfen
- Für die Erteilung der Auskünfte berechnen die AKDB keine Entgelte.

Beitrag zum Bürokratieabbau

Als Fazit ist festzuhalten: Das Behördeninformationssystem trägt den von verschiedenen Seiten vorgetragenen Anforderungen an die Fortentwicklung des Meldewesens umfänglich Rechnung. Es ermöglicht unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange eine erweiterte Nutzung der Melderegister, bietet eine wirtschaftliche Bereitstellung und Nutzung von Meldedaten und trägt zum Abbau von Bürokratie bei. □



Meldewesen auf Augenhöhe...



... schnell und freundlich!

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

AKDB • Herzogspitalstraße 24 • 80331 München • Telefon 089/5903-0 • Fax 089/5903-1845
E-Mail mailbox@akdb.de • http://www.akdb.de



Bei der Jahreshauptversammlung des Bezirksverbandes Schwaben der CSU-Senioren-Union wurde folgende Vorstandsschaft neu gewählt: Wilhelm Schwartz, Dieter Gerstmayer, Landesvorsitzender Professor Dr. Konrad Weckerle, Klaus Kahlert, Winfried Mayer, Bezirksvorsitzender von Schwaben Günter Würmseher, Adolf Durndorfer, Martin Fischer, Eugen Weimar, Hermann Zirn, Ludwig Haisch (v. l.). Sitzend von links: Hermine Seitz, Karin Weigl, Therese Wicha, Kreisvorsitzende Augsburg/Land. Bild: Xaver Grimmeiß

Nördlinger Ries als Nationaler GeoPark ausgezeichnet

Der besterhaltene große Meteoritenkrater der Erde, das Nördlinger Ries, ist jetzt als "Nationaler GeoPark" prämiert. Dies betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard in Donauwörth bei der Übergabe der Anerkennungsurkunde der renommierten Alfred-Wegener-Stiftung.

Der besterhaltene große Meteoritenkrater der Erde, das Nördlinger Ries, ist jetzt als "Nationaler GeoPark" prämiert. Dies betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard heute in Donauwörth bei der Übergabe der Anerkennungsurkunde der renommierten Alfred-Wegener-Stiftung.

Weltbekanntes Phänomen

Bernhard: „An der Nahtstelle von schwäbischer und fränkischer Alb hat Bayern mit dem Riesmeteoritenkrater ein weltbekanntes geologisches Phänomen, das seit vielen Jahren Forscher und Besucher von Nah und Fern anlockt. Selbst die Apollo-Astronauten waren schon hier.“ Die hohe Auszeichnung werde nun einer Region

zuteil, die eine Fülle von Naturwundern und geologischen Relikten aus der Urzeit aufweist und diese auch noch besonders anschaulich und leicht verständlich präsentiert. „Ein Nationaler Geopark ist kein neues Schutzgebiet, sondern ein Gütesiegel, das eine Region zur Top-Adresse für naturbewusste Urlauber und Wanderer macht“, so Bernhard.

Über die Entstehung des Rieses und seiner ungewöhnlichen Gesteine rätselten Geologen über mehr als ein Jahrhundert. Erst im Jahr 1961 konnte das zuvor meist als "schwäbischer Vulkan" gedeutete Ries endgültig als Einschlag eines Meteoriten bestimmt werden. Der Meteorit, der vor etwa 14,5 Millionen Jahren einschlug, hatte einen Durchmesser von etwa ei-

Regionale Vielfalt erhalten - Ländliche Räume stärken

Chamer Erklärung für gleichwertige Entwicklung des ländlichen Raums

Eine von vier Regionalkonferenzen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Zukunft Ländlicher Räume fand im oberpfälzischen Cham statt. Rund 150 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet informierten sich über neue Ansätze ländlicher Entwicklung.

Dr. Gerd Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, und der bayerische Landwirtschaftsminister Josef Miller betonten in ihren Statements, dass der ländliche Raum eigenständiger Lebens- und Wirtschaftsraum und gleichwertig zu entwickeln sei.

Der Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages Theo Zellner stellte anschließend am Beispiel des Land-

kreises Cham dar, wie Strukturwandel und positive wirtschaftliche Entwicklung in einer ländlichen Region gelingen können. Professor Dr. Günter Kroes von der Universität Dortmund erläuterte den Modellversuch „Regionen Aktiv“, bevor sich die Teilnehmer in einzelnen Work-shops mit weiteren Beispielen aus der Praxis auseinandersetzten.

Gebündelt wurden die Ergebnisse der Tagung in der sogenannten „Chamer Erklärung: Regionale Vielfalt erhalten - Ländliche Räume stärken“. Die Erklärung wird von MdB Dr. Gerd Müller, Landrat Theo Zellner sowie MdB Klaus Hofbauer, Vorsitzender des Arbeitskreises VI der CSU-Landesgruppe Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft und Ländlicher Raum, getragen. Ihre Forderungen lauten wie folgt:

1. Alle Regionen müssen weiterhin als gleichrangig betrachtet werden. Es entspricht zudem dem Lebensgefühl der Menschen und dem gesellschafts- wie wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Eine Rangordnung zwischen städtischen Ballungsgebieten einerseits und - wie auch immer abgegrenzten - ländlichen Räumen andererseits darf es nicht geben.

2. Wir brauchen vor Ort neue, auch unkonventionelle Lösungen, um die Grundversorgung im Bereich der Infrastruktur für Menschen und Unternehmen zumindest mittelfristig abzusichern. Dazu gehört ebenso eine adäquate Verkehrsinfrastruktur wie eine flächendeckend verfügbare Datenaufbau.

3. Die interkommunale Zusammenarbeit muss deutlich zunehmen. Hier sind in erster Linie die Regionen selbst gefordert, stärker als bisher arbeitsteilig zu denken und zu handeln. Dies erfordert vor allem Mut der vor Ort Verantwortlichen, neue Wege auch gegen Widerstände durchzusetzen.

4. Die Politik ist gefordert, zu überprüfen, ob die Anreize für die interkommunale Zusammenarbeit ausreichen. Auf den Prüfstand gehören insbesondere der kommunale Finanzausgleich, aber auch die raumwirksamen Fachpolitiken.

5. Das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement verdienen mehr gesellschaftliche Anerkennung. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung.

6. Der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und Auszubildende verschärft sich. Gute Voraussetzungen für Bildung und Fortbildung sind auch im ländlichen Raum sicherzustellen.

7. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass sich das Aufgabenspektrum für den Landwirt deutlich gewandelt hat, muss der Landwirt als Unternehmer gestärkt werden, um sich im Wettbewerb behaupten zu können und um Finanzkraft und Investitionen in der Region zu halten.

8. In den vergangenen Jahrzehnten sind im ländlichen Raum zukunftsorientierte Arbeitsplätze weit über die Landwirtschaft hinaus entstanden, insbesondere in den Bereichen Tourismus, Handwerk und im gesamten Mittelstand. Gleichzeitig besteht gerade in den strukturschwachen ländlichen Regionen noch Nachholbedarf. Die nationale und europäische Strukturförderung muss diesem Trend Rechnung tragen.



Konrektorin Dagmar Sedlmeyer (2. v. r.) und Schulamtsdirektor Herbert Sedlmair (3. v. l.) haben in der Klasse 3c die Landtagsabgeordneten Angelika Schorer (2. v. l.), Professor Ursula Männle (l.), Monika Hohlmeier (2. v. r. knieend), Ingrid Heckner (4. v. l.) und Ulrike Scharf-Gerlspeck (r.) über aktuelle Projekte im Schulalltag informiert.

Präventionsarbeit mit TIM

Landtagsabgeordnete besuchten Buchloer Projekt-Schule

Auf Einladung der Ostallgäuer Landtagsabgeordneten Angelika Schorer trafen sich die Arbeitsgruppe Frauen der CSU-Fraktion zu einer zweitägigen Klausur in Buchloe, um intensiv über die Themen Bildung und Förderungen für Kinder zu sprechen.

In der Grundschule Buchloe lernten die Landtagsabgeordneten die erfolgreiche Umsetzung des TIM-Projektes (Team-Integrations-Modell) kennen. Auch Schüler mit Defiziten in bestimmten Bereichen können dort dank zusätzlicher Förderung am regulären Unterricht teilnehmen.

„Die ersten Lebensjahre sind entscheidend“, betonte Arbeitsgruppenleiterin Prof. Ursula Männle, „jedes Kind sollte im vorschulischen Bereich und in der Grundschule entsprechend seiner Anlagen individuell gefördert werden“. Um dieses Konzept zu verwirklichen, seien natürlich weitere Stunden erforderlich und die Kosten Geld.

Pläne für Programm 2020

„Diese Themen sind uns wichtig“, erklärte MdB Angelika Schorer, „eine schnelle Umsetzung sei wünschenswert, deshalb sollen im Nachtragshaushalt Schwerpunkte gesetzt werden“. Weitere Pläne sollen in das Programm 2020 einfließen, um die Fördermöglichkeiten langfristig zu verbessern, führte Schorer aus. Zum Abschluss des Programmes erlebten die interessierten Politikerinnen einen spannenden Vormittag an der Grundschule.

Da mit Beginn dieses Schuljahres in Buchloe eine zweite Grundschule eröffnet wurde, hat die zentrumsnahe Schule neue räumliche Kapazitäten gewonnen und wurde als Modellschule für das Projekt der „TIM-Klassen“ ausgewählt. In zwei Klassen wurden acht Mädchen und Jungen integriert, die aufgrund von verschiedenen Defiziten im Regelunterricht nicht entsprechend ihren Bedürfnissen gefördert werden könnten. Im Rahmen des „TIM-Projektes“ wurden jedoch zusätzliche Förderstunden gewährt, so dass eine zweite Lehrkraft immer wieder eine kleine Gruppe aus der Klasse herausnehmen und in den Kernfächern gezielter fördern kann. „Alle Kinder des TIM-Projektes haben sich gut in den Klassen integriert und das Schuljahr bestanden“, freute sich Angelika Schorer über den schon nach einem Jahr so deutlich sichtbaren Erfolg.

Die Lehrkräfte der Grundschule Buchloe an der Adolf-Müller-Strasse sind auch weiterhin jederzeit bereit, für ihre Schüler innovative Wege zu gehen, machte Konrektorin Dagmar Sedlmeyer vor den Abgeordneten deutlich. Während „TIM“ zunächst noch für ein Jahr weiterläuft, wurde die Grundschule bereits wieder als Modell für ein neues Projekt ausgewählt: „Gribs“ heißt ein Programm, das nach den Sommerferien startet und die individuelle Förderung mit dem Schwerpunkt bei den Naturwissenschaften

sieht. Was bei den Modellschulen wunderbar funktioniert, wäre natürlich für alle Schulen wünschenswert, waren sich die Teilnehmerinnen einig.

Bayerische Gemeindezeitung
Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



„3 Tage Zeit für Helden“

Es ist schier unglaublich: Mehr als 40.000 Jugendliche haben bei „3 Tage Zeit für Helden“ mit vollem Einsatz ehrenamtlich für ihr Projekt geschuftet. Und nicht nur sie: Menschen in ganz Bayern haben die Helden unterstützt - mit Rat, Tat und Erfrischungen. Toll, was diese Aktion bewegt hat!

Allein im Landkreis Schweinfurt waren über 450 Jugendliche für die Aktion im Einsatz. Die Jugendlichen engagierten sich in 21 gemeinnützigen Projekten. Organisiert und betreut wurde die Aktion im Landkreis vom Kreisjugendring Schweinfurt; Schirmherr war Landrat Harald Leitherer, der bei der offiziellen Landkreiseröffnung am Schwebheimer Tierheim das große Engagement der Jugendlichen lobte. Die stattliche Zahl von 450 Jugendlichen sei für den Landkreis Schweinfurt ein überdurchschnittliches und sehr beachtliches Ergebnis.

Auf dem Gelände des Tierheims baute die Jugendfeuerwehr Kützbarg ein Taubenhaus zu einer artgerechten Behausung für Hasen und Meerschweinchen um. Im Bild die Feuerwehr-Jugend mit u. a. Landrat Harald Leitherer (links), Tierheim-Leiterin Birgit Förisch, Tierschutzverein-Vorsitzendem Josef Horna, Feuerwehrkommandant Markus Drescher und KJR-Vorsitzendem Andreas Müller.

komuna Kunden Forum 2007:

Einfache Lösungen für komplexe Aufgaben

Mit über 500 Teilnehmern war das schon zur Tradition gewordene komuna Kunden Forum auch heuer wieder ein voller Erfolg. Um dem Ansturm der Gäste gerecht zu werden, fand die Informationsveranstaltung des Altdorfer EDV-Unternehmens wie bereits vergangenes Jahr an vier Tagen statt.

In seiner Begrüßung konnte Geschäftsführer Ludwig Atzberger u. a. vermelden, dass nach einem europaweiten Teilnahmewettbewerb und der anschließenden Ausschreibung sich die Stadt Nürnberg im Mai für das Produkt MESO im Einwohnermeldeamt und die komuna als ihren neuen „Partner der Kommunalverwaltung“ entschieden hat. In einem ehrgeizigen Projektplan werden die Norisstadt und der EDV-Dienstleister die Umstellung Hand in Hand realisieren. Bis zum 1. November 2007 werden nun die Daten konvertiert und die Anwender geschult.

Doppisches Rechnungswesen

Die ersten beiden Tage des Events standen schwerpunktmäßig unter dem Motto „Neues Kommunales Finanzwesen“. „Vom Beleg zur Buchung“ lautete das Vortragsthema von Harald Heitmeir, Dipl. Verwaltungswirt (FH) und Leiter der Finanzverwaltung der Gemeinde Berg am Starnberger See, der den Zuhörern über die Aufgabe und Organisation des Rechnungswesens in der Doppik detaillierte Einblicke vermittelte.

Zielvorgaben

Laut Heitmeir wurde in seiner Gemeinde vor der Einführung der Doppik eine Untersuchung durchgeführt, wie das künftige Anordnungswesen gestaltet werden soll. Folgende Zielvorgaben wurden gemacht: Eine hohe Buchungsqualität soll erreicht werden, die Durchlaufzeiten sollen sich nicht verlängern, eine Mehrfachbearbeitung muss vermieden werden. Zur Einführung der Doppik wurde das Anordnungswesen der Gemeinde zentralisiert.

Veränderte Anforderungen

Letztlich, so Heitmeir, hängt die Entscheidung für eine zentrale, dezentrale oder teilszentrale Organisation der Buchhaltung von den Faktoren Gesamtbuchungsaufkommen, Buchungsaufkommen in den Fachbereichen, Personalstruktur und Gemeindegröße ab. Mit zunehmender Gemeindegröße werde sich die Organisation der Buchhaltung von einer zentralen über eine teilszentrale hin zur dezentralen Buchhaltung entwickeln. Aufgrund der veränderten Anforderungen an die Buchhaltung sei aus heutiger Sicht eine Zunahme des Personals unvermeidlich, da die Anzahl der notwendigen Buchungen steigt. Fachlich falsche Buchungen wirkten sich direkt auf die Vermögens- und Erfolgsrechnung aus.

Tendenz zur Zentralisierung

„Aus heutiger Sicht kann festgestellt werden, dass es Tendenzen gibt, die Finanzbuchhaltung in der Doppik zu zentralisieren“, betonte der Kämmerer. Da es sich bei der Doppik in der öffentlichen Verwaltung aber noch um ein junges System handle, „werden erst die Erfahrungen aus der Anwendung zeigen, ob die heutigen Entscheidungen sich auch künftig als richtig erweisen“.

Auch die arf GmbH war jeweils mit einem Vortrag vertreten. Während Dipl. Volkswirt

Matthias Heinrich, der das Projekt in der Gemeinde Berg begleitet hatte, über die Erfahrungen beim Umstieg berichtete, ging Dr. Horst Körner, Geschäftsführer der arf GmbH, auf grundsätzliche Fragen der Steuerung im Neuen Kommunalen Finanzwesen ein.

Zukunft des NKF

Hans-Peter Mayer, Referatsleiter beim Bayerischen Gemeindetag, berichtete seinerseits über die Zukunft des Neuen Kommunalen Finanzwesens aus Sicht des kommunalen Spitzenverbandes. Dabei sprach er den Verwaltungen, die bereits aktiv im Umstellungsprozess sind, seinen Dank für das Engagement und die Reformbereit-

bekamen bei komuna zu Gesicht, wovon andere nur sprechen. Mit der Funktion des Vorausgefüllten Meldescheins werden die Daten des zuziehenden Bürgers nahezu in Echtzeit von der Wegzugsgemeinde übernommen. Die technischen, sicherheits- und datenschutzrechtlichen Fragen sind geklärt, aufgrund fehlender Funktionen im DVDV behilft man sich bei HSH und komuna vorerst mit einem eigenen Verzeichnisdienst. Da in Bayern bereits über 100 MESO-Anwender das Rathaus Service-Portal einsetzen, existiert bereits eine große Datenbasis für den Abruf. Das Verfahren kann in den nächsten Wochen bei diesen Kunden in den Echtbetrieb integriert werden.

Friedhofsinformationssystem EIfried

ePass, Forderungs- und Beibehaltungsmangement und Systemmonitoring sowie graphische Informationssysteme im Friedhofswesen waren weitere hochaktuelle Themen bei den Tagen der offenen Tür. Heiko J. Pongratz, Geschäftsführer CTS EDV-Consulting GmbH, stellte das von seinem Unternehmen entwickelte Friedhofsinformationssystem EIfried vor, das derzeit bayernweit bei über 200 Kommunen unterschiedlicher Größenordnung im Einsatz ist - vielfach auch mit Schnittstellen zum Finanzwesen, Standesamt und Einwohnermeldeamt. Mit dem Einsatz von EIfried werden Verwaltungsvorgänge vereinfacht, strukturiert und beschleunigt.

Günstiger Preis

Nur die wenigsten Kommunen wissen Pongratz zufolge jedoch, „dass es auch möglich ist, EIfried mit einem Geografischen Informationssystem zu koppeln und damit auch die Friedhofspläne digital zu verwalten“. Dafür bestünden schon seit langem unterschiedliche Schnittstellen zu verschiedenen GIS-Produkten, die allerdings häufig wegen der hohen Kosten von GIS-Arbeitsplätzen nicht genutzt werden. Seit einiger Zeit bereits gebe es das EIfried GIS. Der Vorteil dieses Ersatzmoduls sei der im Vergleich zu anderen GIS-Produkten recht günstige Preis. Endlich könnten nun die teilweise sehr alten und vergilbten Friedhofspläne aus dem Papier aus den Verwaltungsschränken verschwinden, „wo bei deren Nutzen aufgrund mangelnder Aktualität manchmal ohnehin fraglich erscheint“, schloss Pongratz.

„Stick and Go“

Auch diverse komuna-Mitarbeiter brachten sich an den Tagen der offenen Tür mit anschaulichen Vorträgen ein. Egal, ob Wolfgang Goletz zum Thema Produktsachkonto in der Kommunalen Doppik referierte, Marco Vogl und Manfred Blieninger die aktuellsten Entwicklungen im Bereich Meldewesen und Rathaus Service-Portal oder Ferdinand Beer, „Stick and Go“, die sichere, reibungslose und bequeme Lösung für die Kommunalwahl 2008, vorstellten: Interessierte und begeisterte Zuhörer waren ihnen sicher. DK

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Sich selbst zu lieben ist der Beginn einer lebenslangen Romanze - das ist nicht von mir, aber trotzdem gut.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zitierte den irischen Spötter Oscar Wilde, als er die Druckvorlagen für Fanny Bachers Materialien zum bevorstehenden Stadtratswahlkampf durchsah.

Nicht dass Sie denken, mein Chef hätte heimlich das Auftragsbuch eines Druckers gefilzt. Er ist aber halt ein strenger Sachwalter seiner Parteiinteressen und hat deshalb alle Kandidaten auf der „Bürgermeisterliste“ dazu verdonnert, ihre Wahlkampfmaterialien vorab vorzulegen. Stichwort: Corporate identity.

Es wird in unserer von Werbung überfluteten Medienwelt ja immer wichtiger, dass eine Partei und ihre Kandidaten in den Wahlkämpfen mit einem einheitlichen Erscheinungsbild nach

Verwirrende Selbstverliebtheit

außen treten. Nur so ist der hohe Wiedererkennungswert gesichert, der die Wahlkampfbotenschaft und das Bewusstsein für die bevorstehende Wahlentscheidung langsam zu den Umworbene durchdringen lässt.

Aber, wie der Mensch halt ist, er ist nicht sonderlich geneigt, dem rationalen Argument der Wissenschaft Gehör zu schenken, wenn ihm sein Bauch etwas anderes sagt. Und der Bauch sagt: Unterscheide Dich von den anderen. So fallen also in jedem Wahlkampf einzelne Kandidaten oder Verbände dem Irrglauben zum Opfer, sie würden mehr Aufmerksamkeit beim Wahlvolk erringen, wenn sie andere Farben, andere Designs oder zusätzliche Symbole für ihre Werbelinie verwenden.

Nun fragt man sich unwillkürlich, warum die Leute viel Geld und sicherlich auch einiges Hirnschmalz aufwenden, bloß um Werbematerialien zu produzieren, die in der Flut der täglich über uns hereinbrechenden Werbebotschaften untergehen und kein Wiedererkennen auslösen? Die Antwort ist sicherlich vielschichtig - guter Wille, planloser Aktionismus und wahr-

scheinlich auch Eitelkeit. Ja, die Eitelkeit anzunehmen, dass man alleine stärker wirken würde, als im Gesamtgefüge der Partei, dass die eigene Botschaft besser gehört würde, wenn sie anders als die Partei-botschaft daherkommt und man selbst die Aufmerksamkeit erringen könnte, die die Partei nicht erringt.

Nun wird ja die Eitelkeit als Teil des Hochmuts theologisch gezählt. Allerdings drohen sicherlich keine Höllenqualen, wenn man seine Visitenkarten zur Wahl nicht mit dem Parteilogo versieht, seinen Kandidatenprospekt nicht in den offiziellen Parteifarben hält oder ein Mailing so gestaltet, dass der unbedarfte Betrachter es für Post von einer Psycho-Sekte hält. Die Strafe kommt noch auf Erden, ist milder, aber dafür viel unmittelbarer zu spüren: Rausgeschmissenes Geld, Frust über mangelnde Resonanz und Spott bei den Parteifreunden.

Fanny Bacher übrigens war diesmal ganz diszipliniert und hält sich brav an die Vorgaben ihrer Oberen. Allerdings will sie DIN-A-1-Plakatständer mieten und darauf unter dem Slogan „Kompetenz in den Stadtrat“ ihr Bild in der ganzen Stadt aufstellen. Abgesehen von der Lüge mit der Kompetenz: Fannys Gesicht über Wochen an jeder Ecke sehen zu müssen, können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht antun.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird ihr also ausreden, sich so mit ihrem Konterfei zu exponieren. Kopfflake gibt es nur vom Bürgermeister - und aus. Es macht keinen Sinn, wegen der Selbstverliebtheit einer Stadträtin die Leute zu verwirren. Und sicherlich hat das Machtwort nichts mit der Erkenntnis des kanadischen Journalisten Jacques Duval auf dem heutigen Kalenderblatt zu tun: „Die Eitelkeit vieler Menschen wirkt vor allem deshalb so unerträglich, weil sie die Eitelkeit der anderen stört.“

ihre
Sabrina

Landkreis Neu-Ulm:

Auszeichnung für sechs „Ökoprofit-Betriebe“

Sechs Betriebe unterschiedlicher Größe haben das dritte Ökoprofit-Projekt des Landkreises Neu-Ulm erfolgreich abgeschlossen. Landrat Erich Josef Geßner überreichte in der Abschlussveranstaltung den Teilnehmern die Auszeichnungen als „Ökoprofit-Betriebe des Landkreises Neu-Ulm“.

Die Umwelt entlasten und gleichzeitig Kosten sparen, mit diesem Ziel waren die Betriebe im September 2006 beim Ökoprofit-Projekt des Landkreises angetreten. Für die fachliche Begleitung war das Unternehmen IWU-Institut (Privates Institut für Wirtschaft und Umwelt GmbH) in Neu-Ulm verantwortlich. Aus Landkreismitteln wurde Ökoprofit mit 13.700 Euro gefördert. Die Sparkasse Neu-Ulm-Iltertissen, die SWU und die Firma Butzbach Industrietore haben als Sponsoren das Projekt mit ermöglicht.

Schwerpunkte

Die Schwerpunkte der Teilnehmer lagen in diesem Jahr unter anderem in der Einsparung von Energie und dem Ausstoß von Kohlendioxid. Durch die Maßnahmen, die in diesem Projekt geplant wurden und zum Teil schon umgesetzt sind, ergibt sich eine jährliche CO₂-Einsparung von rund 480 Tonnen. Eine große Rolle spielten auch die Arbeitssicherheit und somit der Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Ich möchte dies besonders lobend hervorheben, denn es bestätigt, dass die Erhöhung der betrieb-

auch nach der dritten Runde auf rundweg positive Ergebnisse der teilnehmenden Firmen und Einrichtungen verweisen“, so der Landrat.

Die Teilnehmer

Teilgenommen hatten folgende Unternehmen aus dem Landkreis:

- Cognis Deutschland, Illertissen
- Pfizer, Illertissen
- Reichmann & Sohn, Weißenhorn
- Settele, Neu-Ulm
- TNT Express GmbH, Neu-Ulm
- Zahn GmbH, Neu-Ulm. □



Landrat Erich Josef Geßner (r.) zeichnete sechs Unternehmen für die erfolgreiche Teilnahme am Ökoprofit-Projekt des Landkreises Neu-Ulm aus. Von links: Ulrich Beer (Cognis), Carolin Dehm (Zahn GmbH), Heiko Sailer (Settele), Beate Hillmann (TNT), Frank Kosmowski (Reichmann), Thomas Rißel (Pfizer).

Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard:

Kommunen bringen Klimaschutz voran

Landkreise und Kommunen sind Schaltstellen im Klimaschutz. Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard rief die Körperschaften auf, die bayerischen Klimaziele für ihre Regionen noch stärker zu konkretisieren und weiter selbst mit gutem Beispiel voran zu gehen. „Die Kommunen sind wirksame Vorbilder und Multiplikatoren, um Klimaschutz vor Ort umzusetzen. Energetische Sanierung von Gebäuden, Nutzung erneuerbarer Energien, Förderung der Kreislaufwirtschaft, Energieberatung im konkreten Fall zusammen mit Wirtschaft und Handwerk sind entscheidende Maßnahmen für ein klimafreundliches Wirtschaften“, betonte Bernhard bei einer Diskussion über „Energieeffizienz - Erneuerbare Energien“ in Brunthal.

Landrat Heiner Janik erklärte, „mit der Formulierung seiner Energievision beweist der Landkreis München ein weiteres Mal seine Zukunftsorientierung.“ Der Landkreis hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 den Energieverbrauch auf 40 Prozent zu verringern und ganz durch regenerative Energien abzudecken.

Ermunterung der Bürger

Mit der Regionalisierung des Umweltpaktes und dem Landkreistag als Bündnispartner rückt Bayern die Möglichkeiten regionalen Klimaschutzes weiter in den Vordergrund. „Kommunen und ihre Bürger werden ermuntert, den Schutz des Klimas aktiv in die Hand zu nehmen, denn 50 Prozent des bayerischen Energiebedarfs entfallen auf Privathaushalte und Kleinverbraucher“, machte Bernhard deutlich. Der Bayerische Landkreistag unterstützt seit Ende Mai die Bayerische Klimaallianz und ist neben Bund Naturschutz und den beiden großen Kirchen der dritte starke Bündnispartner.

Um die Beratung der Landkreise zu verstärken, wird das Landesamt für Umwelt die Förderung der nachhaltigen Kommunalentwicklung auf kommunalen Klimaschutz ausrichten. Das Landesamt informiert über Best-Practice-Methoden, vermittelt Kontakte, organisiert Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen und begleitet Fachangebote wie den European Energy Award.

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 15/16, die am 2. August erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Museen



Maximilian Gaul (rechts mit Kommunalminister Dr. Günther Beckstein) freut sich über die hohe Auszeichnung.

Verdienstkreuz am Bande für Maximilian Gaul

Innenminister Dr. Günter Beckstein hat in Nürnberg an Bürgermeister Maximilian Gaul (Roßtal) das auf Vorschlag des Ministerpräsidenten von Bundespräsident Horst Köhler verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht. Gaul, der seit zwölf Jahren auch Stellvertretender Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung ist, ist den Lesern der GZ auch durch die GZ-Kolumnen bekannt.

Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Joachim Hermann war erster Gratulant: „Als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker setzen Sie sich nun schon seit mehr als einem Vierteljahrhundert für die Belange der Bürger ein. Der Markt Roßtal hat sich in Ihrer Amtszeit äußerst dynamisch entwickelt. Aus der Erkenntnis heraus, dass die Lebensqualität in den Kommunen unseres Landes wesentlich vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger abhängt, haben Sie Roßtal zur Modellkommune der Aktiven Bürgerschaft gemacht.“

Gewürdigte Leistung

Gaul gehört dem Marktgemeinderat seit 1978 und dem Kreistag Fürth seit 1990 an. Bereits im Jahr 2000 wurde Maximilian Gaul für seine kommunalpolitischen Verdienste mit der

Kommunalen Verdienstmedaille ausgezeichnet. Damit wurden seine Leistungen für den Markt Roßtal und den Landkreis Fürth gewürdigt.

Der Motor seiner Gemeinde

Zweifelloos ist er der Motor für die ungemein positive Entwicklung des Marktes Roßtal, für dessen sichtbare Verbesserung der Infrastruktur, für die Fürsorge für Familien, Kinder, Jugendliche und Alte und für die ausgesprochen positive Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens aufgrund einer intensiven lokalen Agenda. Für Maximilian Gaul ist dieser Einsatz für seine Marktgemeinde allerdings etwas Selbstverständliches, etwas, das sich aus seinem Amt als Erster Bürgermeister notwendig ergibt.

Nicht selbstverständlich ist, dass er sich darüber hinaus für die

Belange des Landkreises Fürth und insgesamt der bayerischen Kommunen engagiert. So gestaltet er zum Beispiel seit mehr als zehn Jahren die Jugendhilfeplanung des Landkreises Fürth wesentlich mit. Er ist seit fast 18 Jahren erfolgreich als Verbandsvorsitzender der Sing- und Musikschule Südlicher Landkreis Fürth tätig, gründete den Zweckverband Freie Jugendarbeit im Südlichen Landkreis Fürth mit und ist dort stellvertretender Vorsitzender. Im Kreisverband des Bayerischen Gemeindetags und in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Landkreis sowie auf Landesebene setzt er sich mit guten Ideen und Vorschlägen für die Interessen vor allem der kreisangehörigen Gemeinden ein. Mehrfach leitete er Landesarbeitskreise insbesondere zur Thematik der Aktiven Bürgergesellschaft und zum neuen Grundsatzprogramm aus kommunalpolitischer Sicht.

Ehrenamtliches Engagement

In hohem Maße ist Maximilian Gaul auch ehrenamtlich tätig. Schon als junger Mann übernahm er Führungsämter in der kirchlichen Jugendarbeit bis auf Diözesanebene, arbeitete im Pfarrgemeinderat und Diözesanrat der Katholiken. Seit 1984 gehört er dem Vorstand des Schullandheimwerks Mittelfranken an und ist seit 1988 dessen Vorsitzender. Damit ist er im Ehrenamt als Chef verantwortlich für den Unterhalt, Betrieb und das hauptamtliche Personal von derzeit vier Schullandheimen in Heidenheim, Obersteinbach, Pfeifferhütte und Vorrä. Im Landesvorstand des Bayerischen Schullandheimwerks ist er Schriftführer.

Gaul engagiert sich zudem als Referent in der Bildungsarbeit der Akademie für Schullandheimpädagogik und in der Hanns-Seidel-Stiftung. Er hat sich auch einen Namen als Autor mehrerer Veröffentlichungen und Bücher im Bereich der Jugendarbeit, Pädagogik und Heimatgeschichte gemacht.

Fruchtbare Partnerschaft:

Landshut - Novosibirsk

Auf Einladung der „Sibirischen Akademie für öffentliche Verwaltung“ (SibAGs) besuchte eine Delegation aus dem Landkreis Landshut unter Leitung von Manfred Leib den Partnerarrayon Novosibirsk. Wichtig war es vor allem, die bestehende partnerschaftliche Verbindung zwischen der SibAGs und der Bayerischen Verwaltungsschule weiter zu vertiefen.

Das Programm, dass die vier Experten in zahlreichen Vorlesungen darboten, umfasste Themen wie Kataster-, Grund- und Bodenrecht, Aufgaben und Finanzierung von Kommunen, Aufbau der BRD und der EU, Auswirkungen europäischer und WTO-Beschlüsse auf die Beziehungen mit Russland sowie das duale berufliche Bildungssystem in Bayern.

Eine besondere Überraschung für die Besucher aus Niederbayern war es, als sich 18 ehemalige Studenten an der Akademie einfanden und über die Auswirkungen ihres Deutschlandaufenthalts berichteten. In den vergangenen Jahren konnten 30 junge Sibirier im Rahmen eines Praktikums in den Gemeinden des Landkreises Landshut die kommunale Selbstverwaltung vor Ort kennenlernen. Die Delegation überbrachte auch die Zusage, im Herbst wieder 4 oder 5 Praktikantinnen in den Landkreis Landshut einzuladen, worüber sich die Leitung der Sibirischen Verwaltungsakademie sehr freute, wird hier doch ein Stück Praxis vermittelt und Deutschkenntnisse vertieft.

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperreffposten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
e-Mail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperreffposten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 - 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 - Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
e-Mail info@fahnen-koch.de



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 - D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 - Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Ralfsienstraße 11 - 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 - Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 • 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 • Fax 07195/69 05 77 - info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Winterdienst-Technik
Ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH
Bgm-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kimmensbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
+ fest-illuminationen
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
www.deko-jochum.de

ihr partner
für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74